Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbmonatlich 60 Mark. Einzelverkaufspreis 5 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 16 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 50 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 249. Dienstag, 24. Oktober 1922. 29. Jahrgang.

Koalitionskrise?

Die kritische Situation, die seit einigen Tagen auf dem Gebiet der deutschen Innenpolitik besteht, wird in der Oeffentlichkeit vielfach falsch beurteilt. Es ist nicht richtig, anzunehmen, daß sie von der Frage des Umlagepreises ihren Ausgang genommen hat. Diese Frage wird allerdings in sozialdemokratischen Parteikreisen sehr ernst genommen, aber ihre Bedeutung wird nicht so hoch eingeschätzt, daß man ihretwegen eine Politik verantworten wollte, die zu einem völligen Scheitern der bisher betriebenen Koalitionspolitik führen kann. Für die Entwicklung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens ist nicht die Höhe des Umlagepreises entscheidend, sondern die Frage der Stabilisierung der Mark. Würden die bürgerlichen Parteien in der Frage des Umlagepreises auf ihrer Auffassung bestehen, daß auch dieser Preis wie die Preise aller anderen Waren, entsprechend der Geldentwertung gesteigert werden müsse, würden sie aber zugleich bereit sein, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei energische finanzpolitische Maßnahmen zur Heilung unserer kranken Währung herbeizuführen, so wäre für uns kein Anlaß gegeben, die Fortsetzung der Koalitionspolitik in Frage zu stellen. Tatsächlich liegen aber die Dinge so, daß die bürgerlichen Parteien nicht nur auf der Vervierfachung des Umlagepreises bestehen, sondern daß sie auch allen ernsteren Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Währung starken Widerstand entgegensetzen. Es hätte den Absichten der Partei entsprochen, wenn der Devisenordnung sofort eine positive währungspolitische Aktion gefolgt wäre in der Weise, daß ein wertbeständiges inländisches Papier geschaffen worden und zugleich mit Hilfe des Reichsbankgoldes eine Aktion zur Stützung der Mark unternommen worden wäre. Daß die Devisenordnung allein nicht imstande ist, den Sturz der Mark aufzuhalten, war auch für diejenigen, die sie befürworteten, von vornherein klare Gewißheit. Dadurch nun, daß die Devisenordnung isoliert stehen blieb, die vorgesehenen positiven Maßnahmen zur Stützung der Währung auf sich warten ließen, ist eine Situation entstanden, in der die Gegner der Devisenordnung mit einem äußeren Schein von Recht behaupten können, die Devisenordnung habe nichts geholfen, es sei also am besten, sie wieder zu beseitigen. Richtig ist, daß die Devisenordnung nicht geholfen hat, aber falsch ist es nach sozialdemokratischer Auffassung, den Weg wieder zurückzugehen; richtig vielmehr, dem ersten Schritt, der auf ihm getan worden ist, weitere entscheidende hinzuzufügen. Da die bürgerlichen Parteien bisher — im Laufe des Montag nachmittag — keine Neigung gezeigt haben, den Wünschen und Forderungen der Sozialdemokratischen Partei auf diesem Gebiete Rechnung zu tragen, vielmehr andere Projekte in den Vordergrund zu schieben versuchen, denen unsere Partei mit den stärksten Bedenken gegenübersteht, ist die Lage äußerst gespannt. Die Sozialdemokratische Partei ist sich dessen bewußt, daß der hereinbrechende Winter die schwersten wirtschaftlichen Sorgen für die gesamte arbeitende Bevölkerung mit sich bringen wird. Sie ist bestrebt, auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltung dasjenige zu leisten, was nach ihrer Ueberzeugung geeignet ist, den Notstand einigermaßen zu mildern und zugleich eine Verschärfung der außenpolitischen Krise zu vermeiden. Gelingt es ihr nicht, mit ihrer Auffassung durchzudringen, dann steht sie vor der Frage, ob sie für die Führung der Regierungsgeschäfte auch weiterhin einen Teil der Verantwortung tragen kann.

*

Die Reichsregierung zeigt sich gegenwärtig eifrig bestrebt, zur Stabilisierung der Mark weitere energischere Schritte zu unternehmen. Der Reichskanzler hatte in Durchführung dieser Absicht für Montag abend die Parteiführer zu sich gebeten, um mit ihnen die Situation zu beraten. In seinen einleitenden Besprechungen wies Dr. Wirth darauf hin, daß es Zeit geworden ist zu positiven Maßnahmen und daß die Situation unseres Volkes eine Vertagung der jetzt akuten Fragen nicht mehr vertrage. In der anschließenden Aussprache wandten sich die bürgerlichen Parteien gegen die Devisenverordnung. Die Demokraten halten diesen ersten Schritt des Reichskabinetts grundsätzlich für unangebracht, während Zentrum und Volkspartei einen ähnlichen Standpunkt mit Einschränkung in verschiedener Hinsicht vertraten. Gen. Hermann Müller wandte sich für die Sozialdemokratie gegen eine Aufhebung der Devisenverordnung und forderte vor allem neben den bisherigen negativen Maßnahmen positive Wege, die schleunigst beschritten werden sollen. Er machte kein Hehl daraus, daß die Sozialdemokratie in dieser Situation vor einer schwierigen Entscheidung gestellt sei. — Die Besprechungen der Parteiführer werden am Dienstag fortgesetzt.

Was die Sozialdemokratie fordert!

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Entschließung eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Brotversorgung zu führen droht, da die inländische Ablieferung weit hinter den gesetzlichen Ablieferungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarstand von fast viertausend völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften. Das erfordert die restlose Erfassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahme ruft die Verfütterung an das Vieh und der Verarbeitung zu Spiritus hervor. Der Reichstag ersucht deshalb die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Die Ausgleichszahlungen bis Juli gestundet.

WTB. meldet: Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsämter sind am Sonnabend abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichsämter haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorzulegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhange mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die Regierung bereitet eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichsverhandlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll.

Arbeiterpartei und Kabinettswechsel.

London, 23. Oktober.

Abg. Clynes (Arbeiterpartei) hielt gestern in Bristol eine Rede, in der er erklärte: Wir erwarten die Wahlen mit Zuversicht; ob die Anhänger Lloyd Georges als Zentrumspartei in den Wahlkampf gehen oder ob sie sich mit den Konservativen zusammenschließen werden, hat für die Arbeiterpartei keine große Bedeutung. Bonar Law ist ein geschickter und sehr hartnäckiger Mann. Was wird er tun können, um der Arbeitslosigkeit zu steuern? Welche Haltung wird er einnehmen, um das Reparationsproblem zu lösen? Solange die bestehenden Verträge nicht in Uebereinstimmung mit Deutschland revidiert sind, werden noch sehr viele Konferenzen abgehalten werden müssen und England wird seinen früheren Wohlstand gleichwohl nicht wiederfinden. Was wird Bonar Law in bezug auf unsere Beziehungen zu Frankreich machen? Die Taten des früheren Ministeriums haben uns in Amerika wenig Freunde gelassen. Was die Arbeiterpartei anbelangt, so bleibt sie grundsätzlich jeder Allianz abgeneigt.

London, 23. Oktober.

In einer Versammlung der Arbeiterpartei in Swansea wurde ein Brief Hendersons verlesen, in dem dieser sagt, die Koalition sei durch eine reaktionäre Regierung abgelöst worden, die die Politik der Arbeiterpartei verleumde. Tausende von sachverständigen Männern und arbeitsamen Mitbürgern würden durch die neue Regierungspolitik arbeitslos gemacht werden. Die Arbeiterpartei müsse deshalb auf der Hut sein.

Bonar Law Premierminister.

Parlaments-Neuwahl am 15. November.

London, 23. Oktober.

Die für heute einberufene Konferenz der unionistischen Partei wählte Bonar Law zum Führer. Bonar Law nimmt demnach formell seine Wahl zum Premierminister an.

Der König hat heute Bonar Law empfangen, der den Auftrag zur Kabinettsbildung formell übernahm. Reuter zufolge riet Bonar Law dem Könige, das Parlament aufzulösen. Die Auflösung wird voraussichtlich am Donnerstag verkündet.

Einer Meldung des Star zufolge geht in politischen Kreisen heute das Gerücht um, daß Bonar Law endgültig beschlossen hat, die Wahlen am 15. November stattfinden zu lassen.

Dollar 4250.

Stresemanns Bekenntnisse.

Morgendämmerung bei volksparteilichen Angestellten.

Dr. L. Lübeck, 24. Oktober.

Sonnabend und Sonntag fand in Oldesloe der schleswig-holsteinische Parteitag der deutschen Volkspartei statt. Der Vorsitzende der Gesamtpartei, Dr. Stresemann, hielt dabei die große Programm- und Agitationsrede.

Wir kommen ausführlicher darauf zurück, weil Stresemanns Ausführungen bezeichnend sind für die neue Agitationstaktik der Volkspartei. Die großkapitalistischen Instinkte treten in den Hintergrund, wie die Tanzmeister der Puppenbühnen; im Vordergrund aber werden schöne Scheingefechte aufgeführt zu Ehren des kleinen Mittelstandes und der versinkenden Rentnerklasse. Es ist die Sache dieser beiden Stände selbst, sich einseifen zu lassen — oder nicht. Von der wahren Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage im Kapitalismus sind sie noch so weit entfernt, daß es auch heute noch zwecklos wäre, wollte man zu ihnen sprechen.

Wenn Stresemann aber den Stammtisch- und Kriegervereinsherzen eines großen Teils seiner Zuhörer zuliebe über Vaterlandsliebe, Sozialismus und Pazifismus die abgedroschensten Redensarten von sich gibt, so muß dem widersprochen werden.

Unter stürmischem Beifall (kostet nichts!) der anwesenden Bürger stellte er die Behauptung auf, daß die Volkspartei das Vaterland höher stelle als die Partei, selbst wenn es zum eigenen Schaden wäre. Ist diese Redensart nicht ziemlich alt? Leider stellte Stresemann an die anwesenden Volksparteiler nicht die Gewissensfrage, wie es mit ihrem Steuerzettel stehe. Leider sagte er der Versammlung nicht, daß Industrie, Handel und Landwirtschaft etwa zwei Drittel ihres Steuersolls hinterziehen. Aus Vaterlandsliebe vielleicht, Herr Stresemann?

In großem Bogen wurden dann Pazifismus und Sozialismus erledigt. Die Pazifisten hätten nie Geschichtsbücher gelesen, so meinte dieser erste Kopf der Volkspartei. Sonst hätten sie aus der Kriegsgeschichte allerlei lernen müssen!

Gewiß, Herr Stresemann, die Pazifisten haben aus der Kriegsgeschichte allerlei gelernt; und zwar mehr als Sie! Weil sie nicht nur gelesen, sondern auch nachgedacht haben. Nachgedacht darüber, was Kriege der Menschheit bisher Gutes oder Böses brachten! Der ganzen Menschheit wohlverstanden! Nicht etwa dem kleinen Kreis von Kriegsgewinnlern und -Helden, die heute den Kernstock der kriegswütigen „Volksparteien" ausmachen.

Den nächsten Fußtritt versetzte Herr Stresemann dem Sozialismus. Niemals, so meinte er, sei der Sozialismus von geringerem Einfluß gewesen in der Welt, als jetzt. Leider, so sagen wir, ist es so. Leider ist in Frankreich, England und Amerika der Sozialismus völlig einflußlos; und dafür der Kapitalismus nach volksparteilichem Rezept allmächtig. Spüren wir nicht jeden Tag, jede Stunde den wohltätigen Segen dieses Zustandes? Einige allerdings können sich darüber freuen: die Spekulanten, Schieber und Agrarier. Und sie wissen Dank dafür den „Volksparteien". Sie sind ihre Geldquelle.

Vom moralischem Niedergang der Jugend konnte man dann gegen Schluß noch ein Klagelied hören. „Die Jugend darf nicht weiter so erzogen werden, wie nach der Revolution. Die Religion der Ehrfurcht muß wieder gepredigt werden!" Es ist merkwürdig, wie alles umgedreht werden kann. Wurden die Fischer, Kern, Tillessen, Techow, Stubenrauch usw. vielleicht revolutionär erzogen? Hat ihnen ihre proletarische Ueberzeugung vielleicht den Revolver in die Hand gedrückt? Oder waren sie ehemalige Offiziere?, die größten Feinde der Revolution? Parteigänger der Parteien um Stresemann und Helfferich? So ganz hat sich Stresemann da nicht überlegt, was er sagte. Oder seine Hochachtung vor der Dummheit der Zuhörer muß gewaltig gewesen sein.

Allerdings wird sehr oft diese Dummheit auch mit dem Ausdruck „nationale Gesinnung" umschrieben. Das tat denn auch Stresemann und der Beifall war ungeheuer.

*

In der Volkspartei sind bekanntlich auch viele Beamte und Angestellte organisiert. Diesen mögen manchmal eigentümliche Gedanken aufsteigen, wenn sie zwischen schwerverdienenden Valutabesitzern und Kapitalisten sitzen. Wenn sie vergleichen und darüber nachdenken, ob sie wohl auf dem rechten Wege sind, wenn sie mit diesen gemästeten Vertretern der Spekulation und des Handels an einem Strick ziehen, während ihre Frauen und Kinder zu Hause hungern.

Und manchmal dämmert es bei dem einen oder anderen! Und er räuspert sich und wehrt sich ein bißchen seiner Haut. Dann kommt es zu einem kleinen Sensatiönchen; man beruhigt ihn, klopft ihm auf die Schulter und drückt ihm einigemale die Hand. Und nach einigem Augenzwinkern ist alles wieder ruhig. So war's auch in Oldesloe.

Ein volksparteilicher Gewerkschaftssekretär wurde als Arbeitnehmervertreter etwas rabiat. „Auch in den Reihen der Volkspartei," so rief er heftig in den Saal, „sitzen die Steuerhinterzieher und Schlemmer. Die Lohn- und Gehaltsempfänger müssen die schweren Steuerlasten allein tragen; ihnen wird alles auf Heller und Pfennig abgezogen. Der Besitz aber drückt sich, wo er kann — und den Rest zahlt er ein Jahr später in völlig entwertetem Geld."

Ist es da ein Wunder, wenn Deutschland im finanziellen Elend untergeht?

Noch einige liebliche Bemerkungen warf dieser Gewerkschaftssekretär den „besseren Herren" seiner Partei an den Kopf; besonders dem merkwürdigen Beamtenvertreter Morath.

Aber dann ging es ihm schlecht. Von allen Seiten stürzte man sich auf ihn. Was ihm einfalle? Die Volkspartei sei eine „vaterländische" Partei. Und wenn es dem einen schlecht gehe, so müsse er das aus Patriotismus eben ertragen. Der Dank des Vaterlandes sei ihm gewiß — man wisse die Opfer der Angestellten und Beamten sehr wohl zu schätzen. Aber — jeder ist sich schließlich selbst der Nächste. Das ist der stolze und oberste Grundsatz des Kapitalismus und der schwarz-weiß-roten Vaterlandsliebe.

Der abgeputzte Gewerkschaftssekretär aber stellte sich in eine Ecke und steckte den Finger in den Mund, um nachzudenken, was er von diesen schönen Redensarten seinen Angestellten wohl mitbringen könnte.

Leider dachte er nicht (noch nicht!) darüber nach, welcher merkwürdige Schalk ihn und seine Schäfchen in die Reihen der Volkspartei geführt hat.

Reichstag.

267. Sitzung. Montag, 23. Oktober, 2 Uhr nachm.

Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation aller Parteien, ausschließlich der Kommunisten, die gegen das bekannte Vorgehen der Interalliierten Rheinlandkommission im Falle Smeets Einspruch erhebt.

Abg. Sollmann-Köln (Soz.): Der zur Verhandlung stehende Eingriff der Interalliierten Rheinlandkommission in die deutsche Rechtspflege wird nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern im ganzen deutschen Volke als ein unerhörter und in seiner Art beispielloser Vorfall empfunden. Die Rheinlandkommission hat den deutschen Behörden untersagt, eine auf acht Monate Gefängnis lautende Strafe gegen einen politischen Agenten des französischen Imperialismus zu vollstrecken. Es handelt sich für uns nicht um die belanglose Person des Bestraften, der in keiner Schicht der rheinischen Bevölkerung nennenswerten Anhang hat, sondern um die elementarsten Grundsätze der Rechtssicherheit. Unsere Partei steht der gegenwärtigen Rechtspflege in Deutschland und in anderen Ländern wahrlich nicht ohne Kritik gegenüber. Um so entschiedener erklären wir: Die von Kölner Gerichten gegen den Herausgeber und Redakteur der „Rheinischen Republik" verhängten Strafen sind nicht härter als sie jeder andere deutsche Staatsbürger zu gewärtigen hat, wenn er verleumderische Beleidigungen und Beschimpfungen öffentlich verbreitet. Als besonders verletzend empfinden wir, daß die Rheinlandkommission schwerste Beleidigungen des deutschen Reichspräsidenten für belanglos erklärt. Wir erheben gegen diese Nichtachtung der deutschen Republik und der deutschen Reichsverfassung schärfsten Einspruch.

Es ist uns unbegreiflich, was die Bestrafung roher Schimpfereien und verächtlicher Ehrabschneidereien irgend eines Zeitungsmannes mit der Sicherheit der interalliierten Armeen und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu tun haben soll. Die persönliche und politische Ehre wird geradezu vogelfrei, wenn Zeitungen, die unter dem Schutze ausländischer Mächte stehen, straflos an Verdächtigungen und Verleumdungen verbreiten dürfen, was ihren Zwecken dienlich erscheint. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sich gegen diese unerträgliche Rechtsunsicherheit verwahrt und auf Wiederherstellung von Gesetz und Recht dringt.

Die Sozialdemokratie als eine Partei, die auch unter den drückenden Lasten der Besatzung nicht dem Völkerhaß, sondern der Völkerverständigung dienen will, bedauert aufs tiefste, daß die Rheinlandkommission mehr und mehr eine Politik treibt, die eine immer größere Kluft zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Bevölkerung aufreißt. Die fremden Heere am Rhein sind der stärkste Beweis dafür, daß wir zwar einen sogenannten Friedensvertrag, aber keinen wirklichen Frieden haben. Darum erheben wir mit der gesamten sozialistischen Internationale auch bei dieser Gelegenheit die Forderung: Abzug der Ententeheere vom Rhein!

Abg. Dr. Lauscher (Z.) bezeichnet die Zustände im besetzten Gebieten als aller Kultur und allen Rechtsbegriffen hohnsprechend und erhebt gegen die Willkürherrschaft der Rheinlandkommission Protest. (Beifall.)

Abg. Dr. Moldenhauer (DVp.) schließt sich diesem Protest an. Angesichts der Förderung aller Hochverräter durch die Rheinlandkommission könne man die französische Versicherung nicht mehr ernst nehmen, daß Frankreich nicht die Losreißung der Rheinlande erstrebt. (Beifall.)

Abg. D. Mumm wünscht, daß das Auswärtige Amt die ausländische Presse über die Losreißungspläne informiert und mitteilt, daß die rheinische Bevölkerung allen Losreißungsplänen den schärfsten Widerstand entgegensetzt.

Abg. Erkelenz (Dem.) bezeichnet die Entscheidung der Rheinlandkommission als einen glatten Rechtsbruch.

Abg. Deermann (Bayr. Vpt.): Je mehr die rheinische Bevölkerung bedrückt wird, um so lauter wird in ihren Herzen der Ruf hallen: Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Reichsregierung ist mit Ihnen der Ansicht, daß es sich bei dem Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission um einen schweren Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Rechtsprechung handelt, der nicht widerspruchslos hingenommen werden kann. Man mag den Begriff dessen, was im Interesse der Sicherheit der Besatzungsarmee notwendig ist, noch so weit ziehen, niemals wird man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß diese Sicherheit fordert, daß die Ehre des deutschen Staatsoberhauptes und der im besetzten Gebiet tätigen Beamten Verleumdungen preisgegeben werden. Der Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission verweigert aber nicht nur dem Reichspräsidenten und den übrigen verleumdeten Persönlichkeiten den Schutz ihrer Ehre, sondern beleidigt die deutschen Richter, die das Urteil gefällt haben, indem ihnen nachgesagt wird, daß sie sich bei ihrem Urteilsspruch nicht von der reinen Sorge für die Gerechtigkeit hätten bestimmen lassen, sondern durch politische Rücksichten. Die Mitglieder des Landgerichts in Köln sind über diesem Verdacht erhaben. Es würde einen Rückfall in die Kabinettsjustiz des absolutistischen Regimes vergangener Jahrhunderte bedeuten, wenn eine politische Körperschaft das Recht haben sollte, das Urteil eines unabhängigen Gerichts zu annullieren. Der Beschluß, der die Verleumdung des deutschen Reichspräsidenten als Taten von untergeordneter Bedeutung bezeichnet, übersieht, daß im Rheinland zahlreiche deutsche Reichsbürger wegen der geringsten Kränkungen von Angehörigen der Besatzungstruppen bis herab zum einfachsten Soldaten zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Sowohl die Reichsregierung, wie die Regierungen der beteiligten Länder sind von Anfang an der Ansicht gewesen, daß es nicht im Interesse der betroffenen Bevölkerung liegen würde, wenn die Reichs- und Landesregierungen der Interalliierten Rheinlandkommission gegenüber eine Kampfstellung einnehmen. Dementsprechend sind die Beamten zu einem korrekten Verhalten gegenüber allen Besatzungsstellen angewiesen worden. Diese Absicht der Reichsregierung wird aber gelähmt und durchkreuzt, wenn Beschlüsse gefaßt werden wie im Falle Smeets.

Die deutschen Vertreter in den Ententeländern haben entsprechend meinen Ausführungen Beschwerde gegen den Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission erhoben und nicht nur die Beleidigung des deutschen Richterstandes entsprechend zurückgewiesen, sondern auch den unhaltbaren Zustand hervorgehoben, daß dem Reichspräsidenten auf deutschem Boden ein Schutz gegen freche Verleumdung versagt werde. Der Reichspräsident fühlt sich durch dieses Vorgehen der Interalliierten Rheinlandkommission nicht nur in seiner Eigenschaft als deutsches Staatsoberhaupt, sondern auch in seiner bürgerlichen Ehre berührt. Deutscherseits wurde ferner das dringende Verlangen gestellt, den Beschluß alsbald wieder aufzuheben. Eine Antwort der Regierung steht noch aus. (Lebh. Beifall.)

Hierauf wird der Gesetzentwurf betr. **Aenderung des Reichswahlgesetzes** in allen drei Lesungen ohne Aussprache erledigt. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Stimmzettel bei künftigen Wahlen (einschl. Oberschlesien) auch die Parteibezeichnung enthalten dürfen.

Zur Beratung einer Ergänzung des **Besoldungsgesetzes** und des vierten Nachtragsetats für 1922 nimmt das Wort.

Abg. Steinkopf (Soz., Berichterstatter): Der Ausschuß hat die Besoldungsvorlage namentlich bezüglich der Ortszuschläge noch etwas günstiger für die Beamten gestaltet und im Nachtragsetat unverändert angenommen.

Ein Regierungsvertreter bittet, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Die Regierung sei bereit, die Wünsche der Beamten bei den Ortszuschlägen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Abg. Steinkopf (Soz.) zieht mit Rücksicht auf diese Erklärung der Regierung nunmehr im Einverständnis mit den Mehrheitsparteien den Ausschußbeschluß bezügl. der Ortszuschläge zurück.

Ein Antrag der Deutschnationalen bezügl. der Erhaltung „wohlerworbener" Rechte der Beamten und Offiziere wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. — In der Frage der Ortszuschläge wird die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Im übrigen erfolgt Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses. Angenommen wird weiter eine Entschließung, die eine besondere Berücksichtigung der Beamten in den Grenzgebieten bei der Aufbesserung der Bezüge verlangt. Im Anschluß daran gelangt die Vorlage schließlich in dritter Lesung zur Annahme.

Die am Sonnabend abgebrochene **Debatte über die Angestelltenversicherung** wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Giebel (Soz.), der am Sonnabend nicht, wie wir irrtümlich berichteten, für die Wiedereinführung, sondern für die Aufhebung der Gehaltsgrenze eintrat, begründet nochmals die Stellungnahme seiner Fraktion und beantragt, über den Zentrumsantrag auf Wiedereinführung der Gehaltsgrenze namentlich abzustimmen.

In der Abstimmung wird dieser Antrag mit 173 gegen 16. Stimmen angenommen. Weiter wird beschlossen, daß weibliche Mitglieder bei ihrer Verheiratung die Hälfte ihrer Beiträge zurückerstattet bekommen. Mit 230 gegen 126 Stimmen wird die lebenslängliche Anstellung der Direktoren und höheren Beamten abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag, der den Arbeitgebern zwei Drittel der Beiträge auferlegen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 202 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Dann wird die Vorlage über die **Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze** auf 120 000 Mark in zweiter Beratung verabschiedet, nachdem ein sozialdemokratischer Antrag, die Grenze auf 180 000 Mark zu erhöhen, abgelehnt wird.

Das Haus trat dann in die Beratung des Gesetzes **über die Regelung des Verkehrs mit Getreide** (Umlagegetreide) ein.

Abg. Kraetzig (Soz.): Wir stehen mitten in einer Hungerkatastrophe, die für die Ernährung unseres Volkes die allergrößte Gefahr ist. Es wird nicht nur eine Vervielfachung der jetzigen Teuerung eintreten, sondern sogar die Unmöglichkeit ausreichender Lebensmittelversorgung. Uns fehlt das Geld, die Mittel zur Beschaffung des notwendigen Auslandsgetreides aufzubringen. Bei Annahme des Zentrumsantrages für die Bemessung des Umlagegetreides und bei einem Preise von 180 000 Mk. werden wir schon in allernächster Zeit mit einem Umlagebrotpreis von 250 Mark zu rechnen haben, der sich bei dem Fortdauern der Geldentwertung auf 450 Mark erhöhen wird. Der Redner begründet dann die an anderer Stelle wiedergegebene Entschließung der Sozialdemokratischen Fraktion und weist an einer Reihe von Briefen und Pressestimmen aus dem bürgerlichen Lager nach, daß auch dort immer mehr der Gedanke Eingang gewinnt, daß wir ohne Zwangswirtschaft nicht mehr auskommen können.

Abg. Hemeter (DVP.) begründet einen Antrag, wonach nicht nur Original-Saatgut, sondern auch anerkanntes Saatgut von der Umlage frei bleiben soll.

Reichsernährungsminister Fehr unterstützt diesen Antrag, soweit das Saatgetreide für die Frühjahrsbestellung in Frage kommt.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt, die Umlage auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhen, den Umlagepreis in der jetzigen Höhe zu belassen und für die gesamte Ernte festzusetzen.

Der Antrag Hemeter wird mit dem vom Minister gewünschten Zusatz angenommen. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wird dann der Artikel 1 in der Ausschußberatung, die eine vierfache Erhöhung des Umlagepreises für das erste Drittel vorsieht, angenommen. Die sozialdemokratische Entschließung wird abgelehnt.

Danach wird das Gesetz betr. Lohnpfändung auch in dritter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Kleine Anfragen, dritte Lesung des Umlagegetreidegesetzes und des Gesetzes über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten.)

Schluß 8½ Uhr.

Die französischen Forderungen.

Auch in Frankreich Bedenken.

Der von der französischen Regierung der Reparationskommission vorgelegte Plan einer Finanzkontrolle des deutschen Budgets stößt jetzt selbst in Frankreich auf starken Widerspruch. Maßgebende Wirtschaftspolitiker halten den Plan Barthous für undurchführbar und sehen in ihm lediglich den Anlaß zu neuem, weiterem Elend innerhalb der deutschen Bevölkerung. Schon diese Erkenntnis ist der französischen Oeffentlichkeit, die noch vor wenigen Wochen mit ihrer Regierung durch dick und dünn ging, hoch anzuschreiben. Statt mit Barthou, marschiert Frankreichs öffentliche Meinung in wesentlichen Punkten mit Bradburn, der die Auffassung der französischen Regierung zur Lösung des Reparationsproblems ablehnt und der eine Stabilisierung der Mark nur dann für möglich hält, wenn Deutschland eine **lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen eingeräumt wird.** Diese Stellungnahme wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch die der neuen englischen Regierung sein. Schon jetzt wird von konservativen Kreisen Englands mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß sich in der englischen Außenpolitik kein Wandel vollziehen wird, daß also eine stärkere Freundschaft zwischen England und Frankreich wie scheinbar von französischer Seite eifrig mitgeteilt wurde, nicht in Frage kommen soll.

Deutschlands Lage ist gerade im Augenblick wieder äußerst ernst. Neben außenpolitischen Gefahren drohen dem Reich neue innerpolitische Krisen, die letzten Endes auch hervorgerufen werden durch die Währungskatastrophe. Es liegt schließlich bei der Entente, Deutschland zu einer Stetigkeit in seiner Politik zu verhelfen. Neue Kontrollmaßnahmen, wie sie Poincaré und Barthou planen, können naturgemäß nur das Gegenteil von Stetigkeit erwirken und nur eine Verschärfung der Situation des Deutschen Reiches hervorrufen. Helfen kann uns nur — und darüber hilft alle Demagogie und französische Regierungskunst nicht hinweg —, um mit Bradburn zu reden, eine lange Ruhe — zur Ordnung unserer Finanzen.

Der **Oberreichsanwalt** hat gegen den deutschnationalen Pfarrer Dr. Traub wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Strafantrag gestellt.

Der Pennäler.

Nachtrag zum Rathenau-Prozeß.

Von Paul Gutmann.

Der Pennäler ist eine Kreuzung, hervorgegangen aus bürgerlich materialistischer Engherzigkeit und einem altmodisch verstaubten Idealismus. Händler und Helden hat man während des Krieges diesen Gegensatz benannt. Der Pennäler erhält seine Erziehung als Geschäftsreisender in Idealen.

Er bezieht seine Weisheit fertig auf Flaschen gezogen. Jede Flasche trägt ihr bestimmtes Etikett: griechisch-römisches Altertum, römische Kaiserzeit, Mittelalter, Humanismus. Von allem bekommt er einen Schluck. Nichts erfährt er gründlich.

Er lernt zu flunkern, bevor er zu verehren gelernt hat. Tu so, als ob du weise wärst und benütze dein Wissen, um dich über die unwissende Menge zu erheben.

Arbeit schändet, war die Lebensweisheit des Altertums. Selbst von einem Künstler wie Phidias, dessen Ruhm die Jahrtausende überlebt hat, bekennt sein Zeitgenosse Plato, daß er ihn zwar bewundere, aber er fügt hinzu, daß er als freigeborener Mann sich schämen würde, seine Arbeit verrichtet zu haben. Das Ideal eines Zeitalters der Sklaverei wird der Gegenwart als verehrungswürdig gegenüber gestellt. Staunenswerte Leistungen der Menschheit werden aus den Zusammenhängen ihrer Lebensbedingungen gehoben und als Museumsstücke einer krankhaften Neugier konserviert. Der Zugang zum Leben wird durch balsamierte Leichname verbaut. Bei dieser Methode wird der Pennäler zum Verächter der Wirklichkeit.

Seinem aufgeregten Pubertätsgehirn wird ein primitives Heldenideal eingeimpft. Held ist der Unterdrücker, der Rohling, der Krieger. Der krankhaften Brutalität bieten die Gesänge halbwilder Zeiten willkommene Nahrung. Den Bürger kennt man nicht. Man verachtet ihn, obwohl man seine Ziele verfolgt. Der Held ist der Kapitalist im Harnisch, bearbeitet für die reifere Jugend.

Dichtung, das Ausströmen begeisterter Seelen, wird zum ekelerregenden Stoff für grammatikalische Uebungen zerfasert. Lust wird durch Uebermaß erstickt, Künstlertum durch die Knute gezähmt.

Die Kulturgeschichte endet mit Goethe, spätestens mit den Romantikern. Die Modernen, wie Tolstoi, Dostojewski, Zola, Gerhart Hauptmann, die Künder unserer Seele, die Verherrlicher des arbeitenden Menschen werden als Zerstörer selber verhöhnt. Unsichtbar steht über der Pforte, durch die der Pennäler zum Wissen dringt: „Wer mich betritt, gebe alle Ehrlichkeit auf." Sei nicht Mensch, sei Zensurträger, belüge dich, deine Eltern, deine Erzieher.

Lüge ist das ganze System. Wie kann der Pennäler etwas anderes werden als ein Lügner? Respektlos, frech, zynisch schlendert er gelassen auf den Schauplatz des Lebens. Er hat ja das Patent der Reife bekommen, weil er im letzten Moment sich eingepaukt hat, wann die Schlacht von Aigospotamoi gewesen, wie eine horazische Strophe gebaut ist, wieviele Kinder Abraham gezeugt hat.

Alles wird dem Pennäler zur Phrase: Kunst, Religion, Heldentum, Vaterland. Nichts Wahres, Erlebtes, mühsam Erkämpftes wohnt in ihm. Brüste dich nur gewaltig, dann werden die andern dich bewundern.

Die Gegenwart vor allem ist ihm ein Buch mit sieben Siegeln. Mittelalter und Altertum, die Museumsstücke seines öden Gehirns, waren die strahlenden Zeiten, wo man Rosse bändigte, Drachen stach, den Feind leibhaftig um die Mauern der eroberten und verlassenen Stadt an den Haaren schleifte, den Gegner hinterrücks „abmurkste".

Dringe nie in die Tiefe, schwafle etwas von Rom, von Babylon, vom schimmernden Siegfriedturm, verblüffe die Welt durch ein unkenntliches Ragout aus mindestens zehn überlebten Weltanschauungen.

Handle nicht, sondern deklamiere, baue nicht auf, sondern reiße ein, sei Christ, aber töte, sei Bürger, aber verletze deine Pflichten, predige sie den andern, aber halte dich mit den Gesetzlosen, schmähe als Wüstling, bevor du den Erlöser deines Volkes marterst, bewahre Disziplin, wenn du das Wohlsein einer Nation zerstörst, zitiere den humansten aller Menschen, Goethe, aber sei ein Lump, berufe dich auf das Recht der Römer, aber beuge es im Interesse deiner Kaste, schmeichle den Aristokraten und spei auf das Volk.

So, deutscher Pennäler, forderst du mit Schmissen im Gesicht, das Monokel ins Auge geklemmt, aber sonstwie mit blödem Antlitz auf den Trümmern deines Vaterlandes dein Jahrhundert in die Schranken.

Ein Generalstreik der Raucher. Die Meldung französischer Blätter, daß der Finanzminister de Lasteyrie mit der Absicht umgeht, den Preis gewisser Regietabake empfindlich zu erhöhen, hat in den Kreisen der französischen Raucher ungeheure Aufregung hervorgerufen. Man scheint diesmal entschlossen, es nicht bei den üblichen großen Worten geharnischter Proteste bewenden zu lassen, sondern will zu Taten übergehen. Die Raucherschaft Frankreichs ist seit langem schon zum großen Teil in der „Liga der Raucher" organisiert, und diese Organisation gedenkt in der Tat, die angekündigte Preiserhöhung mit der Proklamation des Generalstreiks zu beantworten. In Paris sind die Mitglieder der Liga kürzlich zu einer Nachtversammlung zusammengetreten, die sich zu einem wahren Kriegsrat gestaltete. Nach ebenso langen wie erregten Debatten wurde eine Resolution angenommen, die dem Vorstande das Recht vorbehält, wenn die Absichten des Ministers in die Tat umgesetzt werden sollten, den Generalstreik zu verkünden. Es fragt sich nur, ob die Raucher der Parole auch folgen werden. Bisher haben die Raucher, wenn sie auf die entscheidende Probe gestellt wurden, ob sie um der Sache willen eine Zeitlang auf den Rauchgenuß verzichten könnten, noch immer versagt.

Ein elfjähriges Mathematik-Genie. Die mathematische Begabung zeigt sich häufig bereits sehr früh, und verschiedene mathematische Wunderkinder gehören zu den Koryphäen dieser Wissenschaft. So hatte Pascal mit 12 Jahren schon alle Aufgaben der Euclydischen Mathematik selbständig gelöst, und Gauß verblüffte bereits als Schuljunge seine Lehrer durch die Geschwindigkeit, mit der er sich in den schwierigsten Problemen zurechtfand. Zu diesen Wunderkindern der Mathematik gesellt sich nun ein neues. Es ist dies, wie aus Madras berichtet wird, ein elfjähriger Inder mit Namen Rajanarayanan. Er wurde von seinem Vater aus Madura, der religiösen Hauptstadt Südindiens, nach Madras gebracht, und setzte hier alle Fachmänner in Erstaunen durch seine fabelhaften Kenntnisse der höheren Mathematik. Der junge Mathematiker gehört zur Brahminenkaste, hat eine vorzügliche Bildung erhalten und wird jetzt von dem Leiter des indischen Unterrichtswesens für ein Stipendium vorgeschlagen werden, um in Europa zu studieren und seine glänzenden Fähigkeiten weiter entwickeln zu können.

Der deutsche Fall Dreyfus.

Die Sozialdemokratie klagt an!

V. Als vor einem Vierteljahrhundert eine französische Militärclique den Hauptmann Dreyfus zu lebenslänglicher Deportation verurteilt hatte, hielt sie mit der Abschiebung ihres Opfers nach der Teufelsinsel die Sache für erledigt. Was kam, ahnte sie nicht. Es erhoben erst einzelne, dann immer mehr ihre Stimme gegen den Justizmord, der größte Dichter der Generation schleuderte sein J'accuse (Ich klage an) gegen die Hintermänner des Urteils, beispiellose politische Kämpfe erwuchsen, die ein Jahrzehnt Frankreich in Spannung hielten und damit endeten, daß das Opfer befreit wurde und die reaktionäre Militärclique in die Luft flog.

Die bayrische Reaktion hat sich den Fall Fechenbach wohl auch sehr einfach vorgestellt. Mit der bequemen Institution der sogenannten Volksgerichte gedachte sie den verhaßten Sekretär Eisners auf unabsehbare Zeit ins Zuchthaus einzumauern. (Während der Mörder Eisners unter der Maske ländlicher Beschäftigung tatsächlich frei herumläuft.) Das „Volksgericht" ist aber als Institution für solche Ziele wie geschaffen. Sämtliche Rechtsgarantien für den Angeklagten fehlen. Es gibt nicht einmal eine Anklageschrift, nicht einmal einen Eröffnungsbeschluß. Der Richter, der die Untersuchung leitet, und der Richter, der das Urteil fällt, ist ein und dieselbe Person. Rechtsmittel sind nicht vorhanden, weder Berufung noch Revision. Nicht einmal ein Wiederaufnahmeverfahren ist möglich. So konnte denn die bayrische Reaktion spekulieren: Lassen wir Fechenbach durch ein solches Ausnahmegericht aburteilen, dann bringt ihn niemand und nichts mehr aus dem Zuchthaus heraus.

Aber man dürfte auch in diesem Falle die psychologischen Wirkungen einer solchen Rachejustiz unterschätzt haben. Es wäre eine Schande für das deutsche Volk, besonders auch für die deutsche Presse, wenn sie diesen Schlag ruhig hinnähmen.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei nimmt den Kampf gegen diese Justiz auf der ganzen Linie auf und ist entschlossen, ihn nicht ruhen zu lassen, bevor hier der Gerechtigkeit Genüge geschehen ist. Im Reichstag und im Preußischen Landtag haben die Fraktionen der Vereinigten Sozialdemokraten zu dem Münchener Urteil Interpellationen eingebracht. Aber den Herren in München sei gleich gesagt, daß es mit diesem Schritt, falls er nicht zum Erfolge führt, keineswegs sein Bewenden haben wird. So lange das Opfer des deutschen Falles Dreyfus im Zuchthaus sitzt, wird diese Tatsache Anlaß zu immer erneutem Vorgehen sein, und das Spiel wird nicht anders ausgehen, als es in Frankreich ausgegangen ist.

Dabei lassen uns Verdächtigungen wie die der „Kreuzztg.", die sich übrigens als einziges reaktionäres Blatt zu dem Urteil äußert, vollkommen kalt, daß die Sozialdemokratie den Landesverrat beschönigen wolle. Nein, es handelt sich darum, daß hier Dinge als Landesverrat abgestempelt worden sind, die mit diesem Delikt nicht das mindeste zu tun haben. Es handelt sich um die Frage, ob ein Journalist an zwölf Jahre ins Zuchthaus gesteckt werden darf, weil seine Auslandsberichterstattung irgendeiner Regierung mißfällt. Denn nichts anderes liegt im Münchener Falle, soweit er Fechenbach betrifft, vor. Die bayrische Regierung behandelt es als Landesverrat, wenn ihre Unterlassungssünden gegenüber der Orgesch und Einwohnerwehr an das Ausland gemeldet werden. Was würden wohl die gleichen Herren sagen, wenn in Preußen ein deutschnationaler Journalist wegen Landesverrats ins Zuchthaus gesteckt würde, der etwa gemeldet hätte — und die Deutschnationalen behaupten das ja alle Augenblicke — daß in Preußen kommunistische Kampforganisationen beständen und die preußische Regierung nichts dagegen tue?! Es ist überhaupt bezeichnend, daß die gleichen reaktionären Blätter, die sich als die Matadoren der Preßfreiheit aufspielen, wenn irgendein völkisches Winkelblatt wegen wüster Schimpfereien auf drei Tage verboten wird, zu der Vergewaltigung der Pressefreiheit im Falle Fechenbach nicht den Mund auftun.

Aber ihr Schweigen wird nichts nützen. Auch im bürgerlichen Lager erheben sich bereits Stimmen gegen die Ungeheuerlichkeit des Urteils. So schreibt die „Vossische Zeitung":

> Die ungeheuerlichen Strafen haben sofort im Gerichtssaale selber Ueberraschung und Schrecken hervorgerufen, da man nach der Beweisaufnahme nicht entfernt mit einem solchen Ausgang des Prozesses rechnen konnte. Das Befremden — um es gelinde auszudrücken — setzt sich außerhalb des Gerichtssaales fort, und es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß etwa das ganze bayrische Volk mit diesem Urteil eines sogenannten Volksgerichts einverstanden wäre, und man wird sich in der Besprechung der Angelegenheit davor hüten müssen, etwa wieder eine geistige Mainlinie zu konstruieren.

Und das „B. T." stellt fest:

> Daß gesetzwidrige Waffenverbände jeder Art vor der Oeffentlichkeit geheim zu halten sind und ihre Bekanntgabe als Spionage zu bestrafen sei, widerspricht jedem normalen Rechtsempfinden.

Es handelt sich um eine Sache des elementaren Rechtsempfindens. Das deutsche Volk hat Gelegenheit, zu zeigen, daß es in diesem Punkte hinter den vielgeschmähten Franzosen nicht zurücksteht. In Frankreich haben die ersten Künstler und Gelehrten Ruhm und Ansehen rücksichtslos für einen unschuldig Verurteilten in die Wagschale geworfen. Werden wir das in Deutschland auch erleben?

„Die paar Mann!"

Kommunistische Kritik der Sonntagsaktion.

Am Sonntag wurde der arme Pioske begraben, der das einzige Todesopfer der Schlägerei am Zirkus Busch geworden ist. Da er einst Mitglied unserer Partei war, sind wohl auch manche unserer Genossen seinem Sarge gefolgt und haben der alten Zeit gedacht, in der kluge Selbstdisziplin die Arbeiterschaft vor nutzlosen Opfern bewahrte. Hoffentlich aber wird Scham und Reue diejenigen von dem Sarge ferngehalten haben, die an Pioskes Tod die Schuld tragen. Wer das ist, sagt in einem Anfall von Selbsterkenntnis, den wir begrüßen, die „Rote Fahne" selbst.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht nämlich einen Artikel, in dem an der taktischen Inangriffnahme der Sonntagsaktion die schärfste Kritik geübt wird. Der Artikel stellt ein volles Versagen der Organisation fest, die Mitglieedr wären einfach der Parole nicht gefolgt. Diese Mitglieder, „die im entscheidenden Augenblick versagen," — schreibt die „Rote Fahne" — „müssen rücksichtslos aus der Partei ausgeschlossen werden." Und dazu schreibt sie wörtlich weiter:

> Unsere Kräfte waren zu schwach. Doch dies ist nicht der einzige Grund für den Mißerfolg. **Auch die paar Mann — es waren höchstens 2000 Arbeiter anwesend** — hätten den Zirkus besetzen können, wenn alle auf einmal, zu gleicher Zeit, am Ort eingetroffen wären. Aber infolge der altbekannten Unpünktlichkeit, die die Parteiarbeit überhaupt immer stört, erschien einer nach dem anderen, griff einer nach dem anderen ohne irgendwelchen Plan in das entstandene Handgemenge ein. **Dabei hätte es auch vorkommen können, daß Genossen sich gegenseitig blutig schlagen.** Alles dies konnte vermieden werden, wenn die Bezirke sich zuvor in ihren Stadtteilen gesammelt hätten, um geschlossen auf einmal vor dem Zirkus anzukommen.

Drei Tage lang hatte die „Rote Fahne" gebrüllt, „die Arbeiterschaft" werde es den Orgeschbrüdern schon zeigen. Die kommunistische Funktionärversammlung faßte einen entsprechenden Beschluß. Wer ist der Parole gefolgt? „Ein paar Mann," sagt die „Rote Fahne", „höchstens 2000". Die anderen sollen ausgeschlossen werden. Was bleibt da in der Millionen-Arbeiterstadt Berlin als Mitgliedschaft der KPD. noch übrig?

Großmäuligkeit, hinter der nichts steht als ein großzügig organisierter Apparat von — Tragbahren, das ist das Kennzeichen der kommunistischen „Offensivtaktik". Gewissenloses Spiel mit Arbeiterleben — das ist's! Möge der arme Pioske der letzte sein, der diesem Spiel zum Opfer gefallen ist!

Hoheit äußern sich . . .

Der „Prinz zur Lippe" zur Präsidentenwahl.

In der „Deutschen Zeitung" ergreift ein gewisser Friedrich Wilhelm, der sich den stolzen Titel „Prinz zur Lippe" beilegt, etwas post festum das Wort zu der Frage der Präsidentenwahl und der Stellung, die die völkischen Kreise dazu einzunehmen hätten. Ein bürgerlicher Kompromißkandidat kommt für den hohen Herrn natürlich nicht in Frage. Eine schon diskutablere Möglichkeit sieht er in der Wahlenthaltung, die er mit dem Satze begründet:

> „Wir alle, welche die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige System durch unsere Feinde unter geschickter Ausnutzung revolutionärer Bestrebungen in Deutschland in den Sattel gehoben worden ist, zu dem ausdrücklichen Zwecke, Deutschland desto besser auspressen zu können, dürfen doch nicht die Hand bieten zur Verlängerung der Lebensdauer dieses Systems."

Man wird zugeben, daß diese Ansicht über die Republik einem prinzlichen Normalgehirn nur angemessen ist. Herr Friedrich Wilhelm ist gleichwohl nicht für Wahlenthaltung. Ihm erscheint als das Gegebene ein „nationaler Kandidat" (vielleicht er selber), der nach der eigenen Ansicht des Herrn Friedrich Wilhelm zwar nicht siegen, aber doch Gelegenheit geben würde, den gegenwärtigen Umfang der völkischen Anhängerschaft festzustellen.

Mit diesem Vorschlag ist jedoch die Schriftleitung der „Deutschen Zeitung" ganz und gar nicht einverstanden, sie ahnt offenbar eine Riesenblamage voraus, denn sie schreibt in einem Nachwort:

> „Es liegt gar kein Anlaß vor, bei dieser Gelegenheit den „gegenwärtigen Umfang der Anhängerschaft des nationalen Gedankens zu zählen"; es würde auch höchst fraglich sein, ob gerade die Präsidentenwahl geeignet ist zu dieser Zählung. Hier könnten doch, wegen der Aussichtslosigkeit der Sache, große Massen von Wählern einfach zu Hause bleiben."

Nach den großen Redensarten, die die Völkischen über die „stets wachsende Zahl" ihrer Anhänger im Munde führen, ist dieses Schwächeeingeständnis ebenso kläglich wie bezeichnend.

Verwandte Seelen.

„Entweder Hakenkreuz oder Sowjetstern".

Wieder einmal liegen sich Deutschvölkische und Kommunisten in den Armen. Wieder einmal sind sie ein Herz und eine Seele. Die „Deutsche Zeitung" ist entzückt über Remmele. Dieser Kommunist hat nach ihrer Ansicht „ein beachtenswertes Wort" geprägt, das also lautet:

> „In Deutschland gibt es jetzt nur eins: **Entweder Hakenkreuz oder Sowjetstern.**"

Die „Deutsche Zeitung" bemerkt hierzu:

> „Diesem Ausspruch können wir mit Ueberzeugung zustimmen . . . Mit Befriedigung begrüßen wir die säuberliche Scheidung des Mr. Remmele, jawohl, so muß es heißen: Hie deutsche Volksgemeinschaft, da internationales Judentum . . . **entweder Hakenkreuz oder Sowjetstern.**"

Uns wundert diese Ideenverwandschaft nicht. Die beiden extremen Richtungen leben ja nur voneinander, sie sind miteinander verwachsen wie die Schwestern Blaczek: Stürbe heute die eine, müßte morgen die andere zugrunde gehen. Kein Wunder, daß Kommunisten und Deutschvölkische sich gegenseitig langes Leben und gute Gesundheit wünschen und daß sie nichts so ärgert wie die Mehrheit von Menschen zwischen den Extremen, die ihr Vabanque-Spiel um den Staat verhindert. Wenn die „Deutsche Zeitung" wünscht, daß es nur noch Hakenkreuzler und Bolschewisten in Deutschland gäbe, so ist das letzten Endes die Mentalität der Techow und Genossen, die die Kommunisten zum Losschlagen reizen wollten, um gegenschlagen zu können.

Devisen-Kurse.

Berlin, 24. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		23. Oktober.	21. Oktober.
Amsterdam	1 fl.	1600.—	1725.67
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	278.80	302.24
Kristiania	1 Kr.	817.95	781.04
Kopenhagen	1 Kr.	727.17	879.79
Stockholm	1 Kr.	1087.27	1177.05
Helsingfors	1 finn. Mk.	94.50	104.73
Rom	1 Lire	167.08	187.03
London	1 £	18204.37	19700.60
New York	1 Doll.	4074.78	4418.92
Paris	1 Frs.	296.75	329.17
Zürich	1 Frs.	740.64	803.98
Madrid	1 Pesetas	615.95	678.30
Wien	100 Kr.	5.60	5.83
Prag	1 Kr.	133.16	143.14
Budapest	100 Kr.	161.—	171.—

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

In dem Augenblick schreckte er auf. Ein dunkler Schatten glitt an dem Pfarrhause hin. Er kam vom Garten her, wo es in die Tiefe hinunter ging, war er verschwunden. Clas hatte Schritte gehört und anfangs gemeint, es sei Herr Schiemann, dann aber wußte er nicht, was wahr oder falsch sei. Es brauste in seinem Kopfe wie ein Donner, um ihn her schwebten schreckliche Gesichter. Er sah eines, blaß und naß, langer Seetang hing daran nieder, darunter weit offene stiere Augen. Er konnte sich nicht bewegen, obwohl es ihm immer näher kam, immer schrecklicher wurde. Da ging die Tür im Pfarrhause auf, und ein heller Lichtschein flog über den Platz, gerade auf Clas, fort waren die Gespenster.

„Gute Nacht, bester Freund! Träumt recht viel Schönes, Jungfrau Else, und morgen erzählt es mir, ich verstehe mich auf die Auslegekunst!" rief Herr Schiemann an der Tür und nahm dort Abschied.

Und Clas rieb sich die Augen, reckte seine mächtigen Schultern, ballte die Fäuste und sprach: „Das ist alles Quarck, meine Mutter hat recht. Wer tot ist, kommt nicht wieder. Neckt es mich noch einmal, so schlage ich es in den Grund."

„Bist du da, Clas?" fragte Herr Schiemann.

„Ja, Herr," antwortete dieser.

„Bringst mir gute Nachricht?"

„Steht alles gut, Herr."

„Nun, so komm' und fahr' mich rüber," lachte der Kaufmann, „mit mir steht es auch gut. Ich glaube, du wirst nächstens in dem neuen Boote am Torsfjord sitzen."

7.

Als der Morgen dämmerte, stieg Gullik Hansen in sein kleines Fahrzeug und stieß rasch vom Ufer ab. Nur einmal warf er die Augen nach seinem Hause hinauf und zog sie scheu zurück, sah nach vorn hin, wo unter der Ruderducht wiederum ein Sack lag und darüber sein dicker Friesrock. Dann setzte er die Segelstange ein und blickte nach den Trolltinden hinauf. Von dort her kam der Windzug. Nachdem er die Leinen geordnet und den Kloben in den Haken gehängt, ließ er das Segel ausrollen und griff nach den Schoten. Die Jolle lief leise in den Kanal von Otteröe, sie lief mit der Ebbe mehr als mit der schwachen Luftbewegung. Grämlich vor sich niederschauend, saß Gullik lange Zeit, denn es war ihm schwer ums Herz: ein schlimmer Gang, den er vorhatte.

Mitten im Kanal frischte der Wind ein wenig auf, das Boot flog rascher an der Insel Mien vorbei, dann lag breites Wasser vor ihm, jenseits eine lange Kette niederer Felseilande, die einen granitnen Wall gegen die brandenden Wogen des atlantischen Meeres bilden. Die Nebel flogen hier rasch in grauen langflatternden Streifen und Fetzen über das Wasserbecken. Der Wind trieb sie vor sich her ins Meer hinaus, aber über der langen Felsenlinie hingen sie schwer und dunkel und bildeten eine düstere Bank, aus welcher da und dort ein kahler, schwarzer Kopf aufragte. Zur Linken hoch am Himmel lagen die Trolltinden im hellen Sonnenschein; das Tagesgestirn kam leuchtend über den weißen Doppelkegel des Romsdalhorns hervor und überfunkelte den ganzen Kranz der Hochlandsgipfel mit seinen Strahlen.

Wenn Gullik Hansens Herz nicht so beschwert gewesen, hätte er sich wohl an diesem edlen Gottesmorgen freuen mögen. Da er weiter hinaus kam, glänzte die Sonne auch warm über ihm und seinem Boot und spielte mit den kleinen hüpfenden Wellen, die zu glitzern und zu flüstern und zu lachen begannen. Fische sprangen auf und zeigten ihre silbernen Seiten. Die Möven und die Meerschwalben schrien über ihm und schwirrten freudig um seinen Mast; schwarze Alken mit roten Kämmen saßen auf den Klippen, schlugen mit ihren Flügeln und sonnten sich; alle Tiere empfanden neues Leben, das Wetter wurde besser — da fiel des Fischers Blick auf den Sack unter seinem Rock, der bewegte sich auch und schob sich zur Seite — er wandte seinen Kopf schnell davon fort und sah nach Otteröe hin, um nichts mehr von dem Sack zu sehen.

Die Insel hat hohe Küsten, und wo die Medalsbucht sich öffnet, sprang ein Vorgebirge scharf in die See hinaus. Dort standen zwei Männer und schauten auf die Jolle, die ihren Weg quer über nach Sondöe nahm. Die Entfernung war schon weit, Gullik konnte die Leute nicht erkennen, aber er meinte, daß der eine davon der alte Horngreb sein müsse; der andere schien ihm jung und groß und trug einen Mantel, den der Wind flattern ließ. Ueber Gullik kam ein Gedanke, bei dem er seine Augen noch mehr anstrengte, aber er schüttelte endlich doch den Kopf. Er kannte den jungen Erik Meldal gut genug, seinen Vater hatte er noch besser gekannt. Es war ein wackerer Herr gewesen, die Leute hatten ihn immer gern gehabt, und Gullik dachte mit Kummer daran, wie das alte Geschlecht heruntergekommen sei, und nun sein Gut dem reichen Herrn in Molde zufallen sollte. Das war ein harter, schlauer Handelsmann, freilich klug und niemals ein Verschwender. Es mochte ihn keiner gern, aber er konnte kommandieren, denn jeder fürchtete ihn, und in Molde machten es ihm die anderen Herren nach, er gab den Ton an. In den alten Familien war ein großmütig Wesen: mochten manche auch stolz und hochfahrend sein, so saugten sie doch arme Leute nicht aus wie die Handelsherren. Diese drängten und zwackten, suchten nur ihre Vorteile, und je mehr sie zur Herrschaft gelangten, mit ihren Spekulationen, Landkäufen und Waldkäufen, um so geringer wurden die Verdienste der Fischer und Arbeiter.

Gullik Hansen fühlte daher bei seiner Vorstellung über den Fremden dort oben den Wunsch, daß es Erik Meldal sein möchte; aber wo sollte der herkommen, und wenn er es wäre, was konnte es helfen? Das Gut war doch einmal schwer verschuldet, die Schuldbriefe hatte Herr Schiemann; wo sollten Mittel herkommen, die zu bezahlen? Dann dachte Gullik daran, was Clas Gorud ihm erzählt, was dem bevorstand, und was ihm selbst durch Clas und dessen Freundschaft an Vorteilen zuwachsen sollte. Da fiel ihm sein ganzer Kummer wieder ein. Es fiel ihm Sigrid ein und der liederliche falsche Thorkel, von dem er wohl früher gedacht, er sollte sein Mädchen haben, sie sollten ein Paar werden. Aber Thorkel hatte über seinen Vater Schande und Tod gebracht, und der Erbe von Meldal war nicht besser denn er. Und Anders lag krank auf den Tod und in dem Seehund steckte ein Hexenfluch, der ihn unglücklich machen sollte. Der Knabe war munter gewesen lange Zeit, doch so wie er Thorkel von seiner Tür gewiesen, so wie dieser gerufen: „Mag es dich nie gereuen!" war das Unglück gekommen.

Anfangs hatte wohl der Fischer gezweifelt, ob Thorkel es ihm angetan, aber nach und nach wurde der Aberglaube mächtiger. Es gab Zaubersprüche und böse Menschen, die solche Künste verstanden. Thorkel hatte in seiner Sache sich an solche gewandt oder kannte solchen Bannfluch, und die alte Grete verstand sich darauf. Sie wußte, daß der Hund aus dem Hause müsse, der Hund, der Thorkels Geschenk war, den der Knabe liebte und Sigrid. Und wäre der Teufel nicht dabei gewesen, wie konnte das Tier den Weg ins Haus zurückfinden? Darin mußte es doch stecken. Der Hund mußte fort, es mußte so geschehen, wie Grete es geboten, und indem er grimmig auf den beweglichen Sack schaute, preßte er seine Zähne zusammen und sagte mit Festigkeit: „So soll es sein und nicht anders. Wenn das Kind gesund wird, soll Sigrid Clas heiraten. Habe wohl nimmer gedacht, diesen zum Schwiegersohn zu nehmen, aber er ist ehrlich, und wenn er die Stelle am Torsfjord hat und ein sechsruderig Boot, ist nichts mehr zu sagen. Er kann mir auch Vorteile verschaffen bei dem Herrn Schiemann, was aber kann ein solcher Landläufer, wie der, den ich mit Recht aus dem Hause warf?"

Nach dieser Rechtfertigung lockerte Gullik sein Segel, denn der Wind wurde stärker und blies mehr nördlich. Das Boot flog jetzt rasch auf die Felsen von Sondöe los und dann daran vorüber ins Meer hinein, wo ganz außen noch eine hohe Klippe aus dem Wasser ragte. Das war Onen, wohin Gullik wollte. Nach beiden Seiten in der Ferne gab es schwarze Punkte auf den Wellen, das waren Fischerboote, die dort ihren Fang trieben, aber Gullik lief mit seinem Fahrzeug in einen kleinen Einschnitt am Felsen, deren es viele gab, und dann sprang er auf die Steine, zog die Jolle weit hinauf, ergriff den Sack und trug und schleppte ihn mit Mühe bis auf die Höhe der Klippe.

Fortsetzung folgt.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Tanzbühne von Laban.

„Die Geblendeten“, eine Tanzfolge in vier Reigen.

Zweifellos ist die Tanzkunst, die man in Theatern usw. gewöhnlich sieht, überaltert. In mechanisch angelernten Bewegungen gibt der tanzende Körper Rythmen wieder, die Musik ihm zuträgt. Diese Tanzkunst hatte naturgemäß die Fähigkeit, höchste technische Vollkommenheit zu schaffen; gleichzeitig trug sie aber auch den Keim unfruchtbarster Starre in sich. Wer suchenden Auges die Ballette der Gegenwart betrachtet, fühlt: ihre Tage sind gezählt.

J. Laban hat eine andere Tanzkunst geschaffen. Der Rythmus kommt nicht von außen, er entsteht in der Seele und überträgt sich auf den Körper. Um von Expressionismus sprechen zu können, steht doch Körperkultur zu sehr im Kreis des Wollens. Andere Entwicklungslinien künden sich hier an — völlige Ueberwindung technischer Schablone. (Eine Tanzkunst für wenige Auserwählte.) Soweit wird Laban nie gehen. Zu sehr sind dazu die Tanzrythmen, so seelenspiegelnd für die Tänzer sie scheinen mögen, des Meisters eigenes Fühlen. Noch Mittelweg, weil Körperschule für viele. Aber, ob letztes Ziel einer Entwicklungslinie oder nicht — der heutigen Grimassentanzerei ist Labans Kunst unendlich überlegen.

Rudolf Steiner hat auch eine neue Tanzkunst geschaffen: seine Eurythmie. Ganze Takte Labans stimmen damit stark überein. Steiner läßt das Wort tanzen; Laban den Gedanken! Laban erscheint auch im Ausdruck mehr innerlich.

Zu fremd ist diese ganze neue Kunst noch dem Zuschauer; noch ist der Abstand zu groß; noch fehlt die innere Einstellung. Urteil, beurteilen ist deshalb schwer.

Die Technik der Tanzenden zeigte sich in der Sonntagsaufführung vollendet. Zu viel Wert wird noch auf Aeußerlichkeiten gelegt. Ob der Beifall des Publikums nicht mehr Technik und Aufmachung lohnte, als den Inhalt?

Da man von weiteren Tanzabenden spricht, wird sich das Urteil vertiefen lassen.

Dr. L.

*

Sonntag, 22. Oktober: „Fidelio“, Oper von L. van Beethoven. Das, was die Wiedergabe der Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 (die auch hinter der Kerker-Szene an falscher Stelle steht) auszeichnete: mitreißender Schwung und belebende Kraft, war der Bühne nicht durchweg beschieden; der Fidelio der Frau Bartsch-Jonas blieb in Höhepunkten etwas matt und gab stimmlich nicht überall die leidenschaftliche Wucht, um überzeugend zu wirken. In der darstellerischen Ausgestaltung zeigte die Künstlerin Geschmack und sichere Beherrschung der Mittel. — Ein Gewinn für unser Theater ist Herr Prohazka. Sein Pizarro, angelegt nach Schützendorfschem Vorbild, bleibt im Gedächtnis; vor allem, weil in der markigen und klangvollen Stimme der herrische Trotz dieses finsteren Bösewichtes wuchtete. Ebenso ist über den Sänger Alfred Karen nur Gutes zu sagen; die gepflegte, süßliche Maske dagegen traf den treuherzig-schlichten Rocco keineswegs. Herr Kurt Heimberg war ehrlich und wohl auch erfolgreich bemüht, das, was Beethoven dem Florestan an tiefer und schöner Empfindung gegeben hat, in seinem Gesange ausströmen zu lassen. Die wenigen Takte des Don Fernando sang Herr von Beerenkamp klangschön und mit sicherer Vornehmheit. Die Marzelline des Fräulein Buchholz müßte in der Arie „O wär' ich schon mit dir vereint“ ein wenig mehr Schwung und Ergriffenheit spüren lassen. — Im Gefangenen-Chor sangen die Tenöre bedenklich unrein. — Die Petersche Partitur fordert für das letzte Bild den „Paradeplatz des Schlosses mit der Statue des Königs“; man kann gewiß hiervon abweichen und das hatte Prof. Wymetal in der Festaufführung der Nordischen Woche geschickt getan — jetzt grünte um das Staatsgefängnis bei Sevilla ein deutscher Wald, eine Verlegenheitsdekoration, die hoffentlich wieder beseitigt werden wird. — Herrn K. Mannstaedts energische und sichere Hand leitete die Aufführung.

H.

Quittung.

Für Pressefonds gingen ein: Arbeiterschaft L. M. G. Mk. 2275.—, A. H. 500.—, P. H. 500.—.

Für Wahlfonds: F. M. 500.—, W. B. 500.—, A. H. 500.—, P. H. 500.—.

Für Altershilfe: Von Hut-Ziehe gesammelt in Astoria Mk. 320.—.

Das Parteisekretariat.

8472

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die bisher an die Lübecker Hochseefischerei A. G. und an die Hochseefischerei A. G. „Trave“ in Lübeck vermietet gewesenen Plätze beim Holstentor sollen zum 1. Januar 1923 für den Seeverkehr anderweitig vermietet werden. Mietangebote sind bis zum 25. Oktober ds. Js. einzureichen. Die Miete ist beweglich. Für ihre Höhe ist die vom hiesigen Statistischen Landesamt errechnete Indexziffer maßgebend. Das abzugebende Gebot entspricht der Indexziffer für den Monat Oktober 1922.

Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 6.

Lübeck, den 19. Oktober 1922.

8462 Die Finanzbehörde, Abteilung für Häuser und Plätze.

Der unterm 30. August 1922 gegen den Handlungsgehilfen Wilhelm Ernst Johannes Christen geboren am 10. 12. 98 in Lübeck, erlassene Steckbrief ist erledigt. (Aktenz. 1 J 2281/22.)

8471) Die Staatsanwaltschaft.

Handelsregister.

Am 21. Oktober 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma Max Schön Industriebedarf Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Durch Gesellschafterbeschluß vom 14. August 1922 ist der § 12 des Gesellschaftsvertrages geändert; 2. bei der Firma Waldemar Lüders, Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. bei der Firma F. Hofmann & Co., Lübeck: Der Kaufmann Otto Refardt in Rope ist in die Kommanditgesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten; 4. die Firma Norddeutsche Käsefabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Käse, Handel mit Käse sowie Betrieb von Handelsgeschäften aller Art. Das Stammkapital beträgt 50000 Mk. Geschäftsführer: Richard Friedrich Max Wilhelm Spangenberg, Lübeck, Erich Hans Karl Spangenberg, Heiligenhafen, Bernhard Friedrich Herrmann, Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Oktober 1922 errichtet. Zur Vertretung der Gesellschaft sind je zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer und ein Prokurist oder zwei Prokuristen berechtigt. (8467

Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Handelsregister.

Am 23. Oktober 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma Dücker & Cornils, Kommanditgesellschaft, Lübeck: Es ist ein Kommanditist in die Gesellschaft eingetreten; 2. bei der Firma Maschinenfabrik Beth Aktiengesellschaft, Lübeck: Der Fabrikant Wilhelm Friedrich Ludwig Beth in Lübeck ist infolge Todes aus dem Vorstand ausgeschieden. (8456

Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Genossenschaftsregister.

Am 21. Oktober 1922 ist eingetragen bei der Firma Lübecker Genossenschaftsbäckerei, e. G. m. b. H., Lübeck:

An Stelle des infolge Todes ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Johann Ignatz Adolf Böger ist der Kassierer Johann Friedrich August Schulz in Lübeck in den Vorstand gewählt. (8456

Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Nichtamtlicher Teil.

Gel. u. fof. e. Junge, 14—15 J. a. d. Lande, Nähe Grevesmühlen. Ang. m. Klappenstr. 16, n. 8479

Herrenrad und Pökelfaß zu kaufen gesucht. Ang. u. A 500 a. d. Exp. (8480

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Sonnabend, dem 21. d. M. starb unser Kollege (8482

Georg Köhn.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 2½ Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung.

In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober starb unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater u. Urgroßvater 848

Heinr. Schrama

im 79. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Die Hinterbliebenen.

Trauerfeier am Freitag, d. 27. Oktober, nachm. 2 Uhr Vorwerker Friedhof.

Für die Glückwünsche u. Geschenke zur Vermählung danken herzlich **L. Cordts u. Frau** geb. Voß

Schwartau. 8478

Für die vielen Geschenke und Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit danken herzlich **C. Stahr u. Frau** Elisabeth geb. Niemann. Stockelsdorf. (8478

Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Kartoffellieferung.

Wir erwarten diese Woche noch große Zufuhren von Kartoffeln und bitten daher alle Mitglieder, welche eine Benachrichtigung durch Postkarte erhalten haben, sofort Zahlung zu leisten, da wir sonst annehmen, daß auf Lieferung verzichtet wird.

8485) **Der Vorstand.**

Hut-Ziehe
Wahmstraße 9.

Herrenhut-Umpresserei und -Reinigung

Zylinder-Bügeln und -Vermieten

Möbl. Zimmer gesucht. Angebote unter A 499 an die Exp. (8473

Zu kaufen gesucht ein Herren-Jackett und ein Frauen-Kleiderrock. Ang. u. A 501 an d. Exp. (8487

Paletot gut erh. 3000 Zutaman Gr. 48, verk. 8477) Glockengießerstr. 60

Kam. Gaskocher z. verk. 8475 Peterstraße 18a

Herren-Winter-Mantel wenig gebr. prw. z. verk. 8476 Steinstr. 10, I

Gutes Sofa u. Kaffeeofen zu verkaufen. (8474 ... Parolstr. 31/5

N. schw. H.-W.-Paletot zu verkaufen. (8481 Glandorpstr. 38 II.

Kinderwagen z. vk. 8484 Tremskamp 35 p.

Läuse Wanzen u. Flöhe vert. ... bekannt „Riefolda“. A. Wiese, Aegidienstr. 4 8483

Dr. Doose zurück. (846-

Gesucht eine Frau,

in der Schuhfürsorge ausgebildet, zum Anfertigen von Hausschuhen. Zu melden

Zentrale für private Fürsorge

8488) Johannisstr. 49. F. 8744.

8458

Felle kauft höchstzahlend **Isaac Frankenthal** Beckergrube 53 Tel. 8641. **Haare** 8464

NDL NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern

Von BREMEN nach NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA

Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung. geräumige Promenade-decks, behagliche ...-Räume. Beste hygienische sanitäre Einrichtungen.

*

Auskünfte, Drucksachen u. Platzbelegung durch:

in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13. (8457

Fr. Storm, Lübeck, Falkenplatz 1. 8460)

Versammlungs- u. Vergnügungs-Anzeigen

Luisenlust. Morgen Mittwoch **Tanzkränzchen.** Damen Eintr. frei. Sonnabend, d. 28. Okt.: **Preis-Lumpenball.** 8459

Kolosseum

Jeden Mittwoch und Sonnabend **Ball**

Kassenöffn. 6½ Uhr.

Joh. & R. Mittag.

8461)

Chorverein Lübeck.

Außerordentliche **General-Versammlung** am Donnerstag, 26. Okt. abends 8 Uhr bei **Lender,** Hundestr.

Tagesordnung:
1. Wichtige Sängerangelegenheiten.
2. **Beitragserhöhung.**

Erscheinen sehr notwendig

8489) **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
(Filiale Lübeck).

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, den 25. Okt. abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Bücherkontrolle. (8488

Die Ortsverwaltung.

Café „Vaterland“

Täglich Konzert der (8465 **Hamburger Künstler-Vereinigung.**

Direktion: **Adolf Martens**

Hansa-Theater.

Heute Dienstag und folgende Tage 7½ Uhr:

Grigri. 8466

Voranzeige!

Sonnabend, d. 28. Okt.: Gastspiel des Operettenkomikers **Max Walden:**

Filmzauber.

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 7 Uhr, Ab. D: Zum letzten Male: Gastspiel **Alex Otto, Fuhrmann Henschel.**

Mittwoch, 7 Uhr, Ab. D: Zum letzten Male: **Ariadne auf Naxos.**

Donnerstag, 7.30, Ab. D: **Die Fahrt ins Blaue.**

Freitag, 7.30, Ab. D: Zum letzten Male: **Die Jüdin.** (8470

Die noch rückständigen Abonnementsbeträge sind an der Theaterkasse in den üblich. Kassastunden zu zahlen.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 24. Oktober 1922. Nummer 249.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 24. Oktober.

Sturmwarnung.

Volk, paß auf!
Wolken ziehen am Himmel hinauf,
An dem Horizonte drohn
Lauernde Blitze der Reaktion.
Ehe sie zünden im Tageslauf, —
Volk, paß auf!

Volk, gib acht!
Tücke lauert und Niedertracht.
Mittelalters Aberglaube
Betet zur heiligen Pickelhaube,
Träumt von der verlorenen Macht.
Volk, gib acht!

Volk, paß auf!
Ringsum drängen sie sich zuhauf;
Es geht um deine heiligsten Dinge,
Ringum sammeln sich Finsterlinge —
Schlag ihnen auf die Finger drauf!
Volk, paß auf!

Volk, gib acht!
Militaristen und Schmieranten,
Wilhelms und Ludendorffs Leibtrabanten —
Schließ die Reihen und dein ist die Macht.
Volk, gib acht!

P. E.

Bürgerschaftsvorlagen.

Mittel für die öffentliche Kinderernährungsfürsorge. Das dauernde Steigen der Preise der notwendigen Lebensmittel läßt befürchten, daß im kommenden Winter die Einrichtungen der öffentlichen Ernährungsfürsorge für Kinder, deren ausreichende Ernährung im elterlichen Hause nicht gewährleistet ist, in bedeutend erweitertem Umfange in Anspruch genommen werden müssen. Der Ernährungsfürsorge dienen zurzeit die Quäkerspeisung, die Milchverbilligung und die Schulspeisung schlecht genährter Schulkinder. Ueber diese Einrichtungen und ihre segensreiche Wirksamkeit spricht sich der abschriftlich beigefügte gemeinsame Bericht des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes aus. Es wird in ihm aber auch zugleich darauf hingewiesen, daß die Zahl der Teilnehmer an der Quäkerspeisung und der Milchverbilligung leider beträchtlich hat eingeschränkt werden müssen, so daß die wachsende Not eine Vermehrung der Mittel für die Kinderspeisung erforderlich macht. Das Jugendamt hält im Einvernehmen mit dem Gesundheitsamt eine Aenderung der Organisation der Ernährungsfürsorge für notwendig und befürwortet die Zusammenlegung der drei Einrichtungen zu einer einheitlichen Kinderspeisung. Je nach den gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen sollen die Kinder an dem Milchfrühstück oder an einem Mittagessen teilnehmen. Das erstere kann aus den bereitgestellten Mitteln einstweilen weiter gereicht werden, jedoch wird schon jetzt beim Reich die Erhöhung der für die Milchverbilligung gewährten Mittel beantragt werden. Für das Mittagessen reichen dagegen die von dem Zentralausschuß für Auslandshilfe, in dessen Verwaltung Anfang dieses Jahres das Kinderhilfswerk der Quäker übergegangen ist, gelieferten Lebensmittel nicht aus. Es müssen Kartoffeln, Gemüse und Wurzeln, ferner Graupen, Haferflocken und Reis zugeliefert werden. Es sind hierzu 3 000 000 Mark erforderlich, wenn durchschnittlich 1000 Kinder neun Monate lang gespeist werden sollen.

Soweit die Eltern dazu in der Lage sind, wird von ihnen zu den Kosten des Essens ein Beitrag verlangt werden, dessen Höhe offen bleiben muß. Das Mittagessen soll in der Quäkerküche hergestellt und mit Gespannen der Ordnungspolizei und der Strafanstalt Lauerhof nach den Schulen und Tagesheimen geschafft werden, wo die Verteilung wie bisher bei der Quäkerspeisung von Lehrern und Helfern vorgenommen werden wird, während die Kontrolle durch einen aus Vertretern der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege, der Gewerkschaften, der Lehrerschaft und der Aerzteschaft zusammengesetzten Ausschuß ausgeübt werden soll.

Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen und hat im Hinblick auf die weiter steigenden Preise das Jugendamt bereits ermächtigt, die erforderlichen Nahrungsmittel sofort einzukaufen.

Die kapitalistische Welt.

Mit neuen gewaltig steigenden Preisen für alles Lebensnotwendige werden wir noch lange beschert werden. Man denke nur an Brot und Fleisch. Der Fleischwucher ist so weit gediehen, daß für **ein Pfund Wurst 590 Mark** und noch mehr bezahlt werden müssen. Seit Frühjahr dieses Jahres sind die Vieh- und Schweinepreise gestiegen. Ein Zentner Rindvieh Lebendgewicht bringt bis zu **12 000 Mark**, ein Zentner Schwein (ebenfalls Lebendsgewicht) bringt es bis zu **32 000 Mark**. Bei solchen Preisen müssen die meisten auf den Fleischgenuß verzichten. Die Schlachtungen gehen zurück. Man könnte meinen, es sei ein Mangel an Vieh und Schweinen in Deutschland. Das trifft aber nicht zu. **Wir haben** — so schreibt die Leipziger Volkszeitung — **deshalb so hohe Vieh- und Schweinepreise, weil ein großer Teil des deutschen Viehes und der deutschen Schweine durch das besetzte Gebiet nach Frankreich und Belgien verschoben wird.** Das Vieh und die Schweine werden zuerst nach dem Rheinland, nach dem Saargebiet geschafft, und von hier geht es nach dem Ausland. Bei den heutigen Valutaverhältnissen streichen die Viehhändler Riesengewinne ein, wenn sie das Vieh und die Schweine nach dem besetzten Gebiete abschieben. Dieser Zustand besteht seit vielen Monaten. Tag für Tag rollen die Züge mit Vieh, mit Schweinen, mit anderen Nahrungsmitteln nach dem Westen. Kartoffeln werden in Mengen nach Holland verschoben. Von hier gehen sie sogar bis nach England, so daß englische Produzenten sich darüber schon beschwert haben. In Holland lohnt es sich gar nicht, Arbeitskräfte zu bezahlen, um die eigene Kartoffelernte zu bergen, da die deutschen Kartoffeln viel billiger sind. In Holland haben Besitzer von Kartoffelfeldern in Zeitungen bekanntgegeben, daß die Leute umsonst die Kartoffeln von den Feldern holen könnten. Wenn sie die Arbeitslöhne sparen und dafür deutsche Kartoffeln beziehen, so kommen sie besser weg. Ehe nicht die Grenzen gegen die Ausfuhr geschlossen werden, wird es nicht möglich sein, das Steigen der Preise zu verhindern. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben in der Regierung, der die Dinge bekannt sind, die Mehrheit. Die Herren Hermes, Fehr, Groener, Geßler und andre wachen darüber, daß die Profitinteressen der Produzenten, der Händler nicht angetastet werden. Für diese unerhörten Zustände sind die bürgerlichen Parteien, Volksparteiler, Deutschnationale, Zentrum und Demokraten voll verantwortlich zu machen. Sie halten den Wucherern die Stange. — Merkt Euch das!

Lübecker Binnenschiffahrtsverkehr im 1. Halbjahr 1922

Der Verkehr auf dem Elbe-Trave-Kanal hat sich im ersten Halbjahr 1922 etwas lebhafter gestaltet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes verkehrten:

	ankommend:		ausgehend:	
	Schiffe	Tonnen	Schiffe	Tonnen
1922:	625	206 963	608	191 083
1921:	524	156 128	528	157 493

Darnach hat der Talverkehr um 101 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 50 835 Tonnen und der Bergverkehr um 80 Schiffe mit 33 590 Tonnen zugenommen. Das bedeutet dem Schiffsraum nach eine Steigerung von 32,6 bezw. 21,3 %.

Von der auf dem Kanal beförderten Gütermenge von 178 555 (1921: 125 338) Tonnen entfielen auf den:

	Talverkehr		Bergverkehr	
	Tonnen	%	Tonnen	%
1922	150 281	84,2	28 274	15,8
1921	108 387	86,5	16 951	13,5

Der Güterverkehr weist also eine stärkere Zunahme auf als der Schiffsverkehr. Sie betrug in der Einfuhr 41 894 Tonnen oder 38,7 % und in der Ausfuhr 11 323 Tonnen oder 66,8 %. Der Laderaum der angekommenen Binnenschiffe wurde zu 72,6 % und der der abgegangenen zu 14,8 % ausgenutzt gegenüber 69,4 bezw. 10,3 % im Vorjahre; die entsprechenden Zahlen des letzten Friedensjahres waren 53 und 45,2 %. Unter den auf Binnenschiffen angebrachten Gütern nahmen Kalksteine zur Verhüttung (33 523 Tonnen) den ersten Platz ein. Dann folgten Steinkohlen mit 28 432 Tonnen, Sand, Kies und Ton mit 19 270 Tonnen, Kali- und andere Salze mit 13 513 Tonnen, Braunkohlen und Braunkohlenbriketts mit 8115 Tonnen. Die Hauptausfuhr bestand aus Roheisen (15 890 Tonnen).

Genossen, vergeßt den Preßfonds nicht!

Die Vereinigung niederdeutscher Volkshochschulen

tagte am 21. und 22. Oktober hier in der Aula des Lehrerseminars. Sie befaßte sich mit der Wahl des Vorstandes, der Beratung der Anträge und nochmalige Durchberatung der Satzungen, Festsetzung der Beiträge und den Wahlen. Weiter war vorgesehen ein Vortrag von Herrn Lehrer Kahle-Mohrkirch-Osterholz: „Der naturkundliche Unterricht in der Heimschule" und ein Vortrag von Herrn Rektor Ehnsen-Reinfeld: „Praktische Volksbildungsarbeit". Aussprache. Die Tagung wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden, Herrn Prof. Harms-Mohrkirch-Osterholz eröffnet. Er sagte unter anderen trefflichen Worten, daß es noch lange Jahre aufopfernder und mühseliger Arbeit bedürfe, um die Volkshochschule zu dem zu machen, was die Vorkämpfer dieser Schulform anstreben. Trotz aller Not und Entbehrungen sind in Deutschland nach dem Kriege mehr Bücher erschienen, als in Italien, Frankreich und England zusammen. Diese geistig regen Kräfte lassen trotz aller Entbehrung das Beste für die Entwicklung auch der Volksschule erhoffen. Es folgten weitere Begrüßungsansprachen von den Herren Doktoren Koch, Rose, Vieth und Senator Bromme. In diesen wurden von den Regierungsstellen in Schleswig-Holstein, Hannover, dem lübschen Senat und der Oberschulbehörde der Tagung die besten Wünsche zur weiteren Entwicklung des Volkshochschulwesens auf den Weg gegeben.

Die Statutenberatung nahm lange Zeit in Anspruch. Der grundlegende § 1 des Statuts lautet nun: Die Vereinigung niederdeutscher Volkhochschulen will alle Volksbildungsvereinigungen (Volkshochschulen, Volksbildungsverbände und Volksbildungsheime) im niederdeutschen Sprachgebiet umfassen. Sie ist bei der Wahrung völliger Selbständigkeit jeder einzelnen Volksbildungseinrichtung eine Arbeitsgemeinschaft zwischen allen Volksbildungsbestrebungen. Als Mitglied der Vereinigung können beitreten a) Landesverbände von Volkshochschulen, b) einzelne Volkshochschulen, soweit sie einem Landesverband nicht angehören. — In den Vorstand wurden gewählt die Herren Professor Harms-Mohrkirch-Osterholz, 1. Vors.; Dr. Möbus-Lübeck, 2. Vors.; Studienrat Finger-Peine, Hannover, als Schriftführer, Prof. Kluckhohn-Delmenhorst als Schatzmeister, Meyer-Altona 2. Schriftführer. Die beiden Vorträge wurden von den Zuhörern mit großem Interesse entgegengenommen.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend hatte am Sonntag seinen Genossenschaftsrat zu einer sehr wichtigen Sitzung zusammengerufen. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Statutenänderung: a) Erhöhung des Geschäftsanteils und des Eintrittsgeld, b) Erweiterung des Vorstandes. 2. Ankauf eines Grundstücks am Hansaring. — Das Ableben des Genossenschaftsratsmitgliedes Wilhelm Behrens-Schlutup, der 11 Jahre dem Genossenschaftsrat angehörte, wurde in der üblichen Weise geehrt. — Sodann begründete der Geschäftsführer Henze den ersten Punkt der Tagesordnung. Er hob hervor, daß seit der letzten Generalversammlung, in welcher der Geschäftsanteil auf 800 Mk. erhöht wurde, die wirtschaftlichen Verhältnisse eine riesige Umwälzung erfahren hätten, und daß es heute nicht mehr möglich sei, mit dem vorhandenen Betriebskapital auszukommen. Der vor dem Kriege 30 Goldmark betragende Geschäftsanteil sei bei den heutigen Wertverhältnissen auf 15 000 Mark gestiegen und die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel um das Vier- und Fünfhundertfache. Wenn im Frieden ein einziges Kistchen Margarine mit 30 Pfund 150 Mark kostete, so kostete dasselbe Quantum Margarine heute 12 000 Mark. War es möglich, im Frieden eine Ladung Zucker für einige hundert Mark zu bekommen, so müssen für dieselbe Ware heute Millionen angelegt werden. Dadurch sei auch unsere Genossenschaft in Schwierigkeiten geraten. Die Umsätze bewegen sich heute auf einer schwindelnden Höhe. So betrage der Umsatz für den Monat September ca. 63 Millionen Mark, mit Abschluß des Geschäftsjahres der Jahresumsatz 217 Millionen. Auch die Mitgliederbewegung sei ganz außerordentlich. Seien doch im letzten Geschäftsjahre 5550 neue Mitglieder der Genossenschaft beigetreten. Aus allen diesen Erwägungen heraus mußte sich die Verwaltung mit der Beschaffung neuer Betriebskapitalien beschäftigen und schlägt dem Genossenschaftsrat vor, den Geschäftsanteil auf 3000 Mark festzusetzen. Die Verwaltung schlage ferner vor, das Eintrittsgeld auf 100 Mark zu bemessen, damit der Zustrom von solchen Mitgliedern, die nur lediglich einen Augenblicksvorteil in der Genossenschaft erhaschen wollen, etwas unterbunden würde. Außerdem würde von der Verwaltung der Vorschlag gemacht, den betreffenden Passus im Statut dahingehend zu ändern, daß der Geschäftsanteil beim Eintritt voll eingezahlt werden könne, innerhalb 6 Monaten aber eingezahlt sein müsse. Dadurch würde der Verwaltung eine Handhabe gegeben, Mitgliedern, die sich weigern, den Geschäftsanteil einzuzahlen, von dem Warenbezuge auszuschließen. Durch diese Aenderung müsse auch der § 55, der die Haftsumme behandle, entsprechend geändert werden. Genosse Henze bat, den Antrag der Verwaltung anzunehmen. — Die Aussprache über diesen Punkt war sehr lebhaft und zeigte, daß der Genossenschaftsrat sich der Tragweite und des Ernstes dieses Beschlusses bewußt war, was durch die Beteiligung von annähernd 20 Diskussionsrednern seinen Ausdruck fand. Weitergehende Anträge, den Geschäftsanteil auf 4000 Mk. bezw. 5000 Mk. zu erhöhen, fanden nicht die Zustimmung des Genossenschaftsrats, vielmehr wurde beschlossen, dem Antrag des Vorstandes, den **Geschäftsanteil auf 3000 Mark und das Eintrittsgeld auf 100 Mark bei sechsmonatiger Pflichteinzahlung zu erhöhen,** beizutreten. — Ein weiterer Antrag aus dem Kreise der Genossenschaftsmitglieder, vorläufig keine neuen Mitglieder aufzunehmen, fand nicht die Zustimmung des Genossenschaftsrates. — Den nächsten Punkt der Tagesordnung, der dahin ging, den Vorstand auf 4 Mitglieder zu erweitern, begründete ebenfalls Genosse Henze. Auch hier war die Diskussion eine sehr lebhafte, und eine Anregung, den Vorstand auf 5 Mitglieder zu erweitern, um nicht bei Abstimmungen durch die Gleichzahl 4 ein Mißverhältnis im Vorstande in die Erscheinung treten zu lassen, fand keine Gegenliebe, sondern der Antrag der Verwaltung, den Vorstand auf 4 Mitglieder zu erweitern, wurde angenommen. — Der Ankauf eines Grundstücks am Hansaring fand nach Begründung durch den Genossen Henze einstimmige Annahme. — Am Schlusse der Versammlung wurden noch einige organisatorische und geschäftliche Fragen besprochen, die durch den Sekretär und den Einkäufer beantwortet wurden. — Die Beschlüsse des Genossenschaftsrates zeigen, daß auch der Genossenschaftsrat von den wirtschaftlichen Auswirkungen überzeugt ist und daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, die den Schutz unseres geschaffenen Werkes in sich bürgen. G.

Zum Kohlenarbeiterstreik. Arbeiter Lübecks, macht auf! Die Kohlen- und Eisenhändler haben in der Tagespresse ihren Arbeitern die Entlassung angedroht, falls diese nicht bis zum 24. d. Mts die Arbeit aufgenommen haben. Doch dieser Bluff allein genügt ihnen nicht, sondern man greift schon zu den Kohlenakkordarbeitern über. Diese sind ebenfalls von den Arbeitgebern ausgesperrt worden. Wir sehen uns jetzt gezwungen, schärfere Maßnahmen zu treffen. Die Arbeiter Lübecks müssen sich klar darüber sein, daß wir einen gerechten Kampf ums Dasein führen. Wir alle fordern Euch auf, uns auf jeden Fall zu unterstützen. Man versucht nämlich jetzt schon, die angerollten Wagen an größere Betriebe abzusetzen. Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, sich sofort im Streikbureau in der Johannisstraße zu melden; auch telephonisch läßt sich dieses erreichen, dank der Unterstützung der Kollegen. Ebenso infolge der Unterstützung der anderen Arbeiter-Kategorien sind wir in der Lage sofort nachzuweisen, ob die Ladung verschoben oder einwandsfrei ist. Ununterbrochen ist das Bureau von morgens 7½ Uhr bis abends 5 Uhr geöffnet, wo jeder Auskunft erhält. Wir lassen uns nicht irre machen, trotz der unwahren Behauptung der Unternehmer in den Schlichtungsausschußsitzungen, wir ständen uns heute besser als in der Zeit vor 1914. Damals hatten die Platzarbeiter 25,50 Mk. bis 27 Mark die Woche. Ist das etwa ein Vergleich? Man braucht nur die Presse vom 23. Oktober zur Hand zu nehmen und sich zu informieren. Die Kohlenpreise stehen an den Weltmarktspreisen heran, aber ach, wo bleiben denn die Löhne? In den „Lüb. Anzeigen" und im „General-Anzeiger" waren die Löhne der Kaufmannsarbeiter angeführt. Dieser Vergleich ist nicht maßgebend. Ziehe man doch die Löhne anderer Kategorien in Betracht. Wir fordern alle Arbeiter und gewerkschaftlich organisierten Kollegen auf, auf das Spiel unserer Arbeitgeber acht zu geben. Von einem Platze wird uns soeben gemeldet, daß bereits die Technische Nothilfe unter Bewachung eingesetzt ist. Wir überlassen es der Oeffentlichkeit, ob es Notarbeit ist, Karren auf den Platz zu befördern. Die Streikleitung.

Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Lübeck. Die hiesige Ortsgruppe der Gesellschaft für soziale Reform hat sich neu konstituiert. Den Vorsitz führt fortan Landesrat Helms, den stellvertretenden Vorsitz Direktor Dr. Hartwig. Ferner gehören dem Vorstande an: Direktor Asch, Senator Bromme, Arbeitersekretär Dreger, Frau Dr. Landau und Gauvorsteher Schwertfeger. Die Ortsgruppe wird ihre Besprechungsabende demnächst wieder aufnehmen. Als Verhandlungsgegenstände sind in Aussicht genommen der Achtstundentag, der Schutz der gemeinnützigen Betriebe, die Arbeitsgemeinschaften, Aerzte und Krankenkassen, die Entwertung unseres Geldes und Sozial- und Kleinrentner.

Verteilung billiger Feuerung und Kartoffeln. Wie das Wohlfahrtsamt mitteilt, können an Feuerung bis zu 10 Zentner für den Hausstand abgegeben werden. Die Invalidenrentner und Kriegshinterbliebenen, die nur 5 Zentner erhalten haben, können bei der nächsten Zahlung ihrer Zuschüsse im Wohlfahrtsamt noch weitere 5 Zentner erhalten. Ein Umtausch einmal ausgegebener Gutscheine findet unter keinen Umständen statt. Es soll sich daher jeder vorher überlegen, für welchen Kartoffelhändler er Gutscheine haben und ob er sich Feuerung oder Kartoffeln selbst abholen oder ins Haus gebracht haben will.

Gefälschte Entlassungspapiere. Wie das Arbeitsamt mitteilt, häufen sich im öffentlichen Arbeitsnachweis in letzter Zeit die Fälle, in denen sich Arbeitsuchende mit unvollständigen Papieren zur Vermittlung melden. Oft fehlt der Ausweis über die letzte Beschäftigung. Es wurde mehrfach festgestellt, daß Leute die geforderten Entlassungsbescheinigungen selbst herstellten oder von dritter Hand fälschen ließen. In Zukunft wird Anzeige wegen Urkundenfälschung erstattet.

Zur Innehaltung des Achtstundentages im Bankgewerbe. Das Ueberstundenunwesen im Bankgewerbe grassiert seit Jahr und Tag unheimlich. Nunmehr haben die Organisationen der Bankangestellten, um eine Aufbesserung des im Reichsarbeitsministerum gefällten Schiedsspruches hinsichtlich der Oktoberbezüge zu erzwingen, ihre Mitglieder aufgefordert, in den Ueberstundenstreik einzutreten, also nach Ablauf der täglichen achtstündigen Arbeitszeit die Erledigung noch vorliegender Arbeit zu verweigern. Der Deutsche Bankbeamten-Verein, Gau Norddeutschland, beschloß, wie aus Hamburg berichtet wird, diese Forderung durchzusetzen. Somit hat diese Ueberstundenverweigerung am Montag nachmittag in Hamburg und weiteren 24 Städten Deutschlands begonnen. Die Banken haben gedroht, wenn diese Arbeitsverweigerung nicht eingestellt wird, den Betrieb zeitweilig oder ganz schließen zu wollen. — Auch die Lübecker Bankbeamten schlossen sich dem Vorgehen ihrer Organisationen an.

Berichtigung. Im gestrigen Bericht über die Dienstzeit der Beamten hat sich ein Satzfehler eingeschlichen. Dort, wo von der Jahresarbeitsstunde gesprochen wird, muß es heißen „sämtlicher lübschen Beamten" und nicht „deutscher".

pb. **Festgenommen** wurde eine Hausangestellte aus Travemünde, die ihrer Herrschaft Wäschestücke und einiges Silberzeug im Werte von 5000 Mk. gestohlen hatte.

pb. **Fette Braten.** Von einer Weide des Hofes Klempau wurden zwei Ochsen gestohlen und von den Tätern wahrscheinlich in die Blankenseer Tannen geführt, um dort geschlachtet zu werden.

pb. **Diebstähle.** Aus dem Hausflur einer Wirtschaft in der Großen Burgstraße ist eine Kiste mit 50 Flaschen Jamaika-Rum und aus der Werkstatt einer hiesigen Maschinenfabrik sind 30 Pfd. Zinn gestohlen worden. — Aus einem Hause am Burgfeld wurden 12 silberne Löffel gestohlen. — Von einem Motorboot an der Wakenitz wurde eine 12 Quadratmeter große Persenning gestohlen. — Aus einem Hause in der Krähenstraße sind zwei Anzüge und eine

Dublee-Uhrkette gestohlen worden. — Ein Fahrrad, Marke „Schnell“, ist vor einem Hause in der Marktwiete gestohlen worden. — Aus einem Hause in der Moltkestraße wurde ein großer Posten Wäsche gestohlen.

pb. **Erwischte Diebe.** Wie berichtet ,sind vor einigen Tagen bei Schlutup eine große Anzahl kupferne Schienenverbinder im Werte von etwa 500 000 Mark von dem Bahngeleise der Straßenbahn abgebrochen und gestohlen worden. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, als Täter den im Kl. Kiesau wohnhaften Arbeiter E. und den auf dem Weiten Lohberg wohnhaften Bootsmann J. zu ermitteln. Beide hatten die Schienenverbinder zunächst im nahegelegenen Gehölz versteckt, später mit einem Handwagen abgeholt, um sie bei dem mehrfach vorbestraften, in der Petersilienstraße wohnhaften Händler H. zu verkaufen. Diebe und Hehler sind verhaftet.

*

Dänischburg. Der sozialdemokratische Verein hielt am Sonnabend eine Mitgliederversammlung ab. Genosse H. Wolfradt-Lübeck erstattete Bericht vom Bezirksparteitag in Bützow. Redner behandelte eingehend unsere Frauenbewegung und die Beitragserhöhung. Letztere war notwendig, um die Partei schlagkräftig zu erhalten. Ferner streifte Redner die augenblickliche politische Lage und wies auf das Treiben des reaktionären Bürgertums hin und forderte die Genossen auf, kräftig für unsre Partei zu agitieren. Auch der letzte Arbeiter müsse der Partei zugeführt werden. Nur wenn jeder Arbeiter seine Pflicht tut, wird es möglich sein, das reaktionäre Bürgertum wirksam zu bekämpfen und niederzuringen. Beschlossen wurde noch, die Revolutionsfeier mit den Seeretzer Genossen gemeinsam zu feiern.

Kurau. Bannerweihe. Der im Vorjahre gegründete Arbeiter-Radfahrerverein hatte am letzten Sonntag zu seiner Bannerweihe eingeladen. Die Vereine der umliegenden Orte (auch Lübeck) hatten Gäste entsandt, Parteisekretär Gen. Weiß-Lübeck hielt die Weiherede. Nach einer Korsofahrt durch den Ort beschloß ein Ball die Feier.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Die Schöffen und Geschworenen sind sofort dem Sekretariat zu melden. Da auch Frauen diese Aemter versehen können, bitten wir uns auch solche namhaft zu machen. Der Vorstand des ADGB.

Achtung, Holzarbeiter! Ueber die Firma Reiß, Rosenstern & Co., Schlutup, ist wegen ausgebrochener Differenzen und Nichtanerkennung des deutschen Holzarbeiterverbandes als Berufsorganisation der Stellmacher, die Sperre verhängt. Kein Stellmacher und Holzarbeiter darf dort in Arbeit treten.

Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Lübeck.

Achtung, freigewerkschaftlicher Jugendausschuß! Morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Jede Gewerkschaft muß mindestens einen Vertreter entsenden, damit alle über die Fragen der Jugend unterrichtet sind. In dieser Versammlung erhält jeder einen Ausweis.

Stadttheater. Mittwoch zum letztenmal „Ariadne auf Naxos“. Im Donnerstag-Abonn. wird das Lustspiel „Die Fahrt ins Blaue“ gegeben. Es ist der Direktion gelungen, Mitte November die „Josefslegende“ von Rich. Strauß auf den Spielplan zu setzen. Diese Einstudierung wird Herr Ballettmeister Semmler mit hervorragenden Solisten übernehmen.

Angrenzende Gebiete.

Wesselburen i. Holst. Hohe Schulgeldsätze. Die Städtischen Kollegien erhöhten die Schulgeldsätze der Mittelschule für einheimische Schüler auf jährlich 4000 Mark, für Schüler aus Büsum auf 8000 Mark und für Schüler vom Lande auf 12 000 Mark. — Die letzteren können es auch bezahlen.

Kiel. Das größere Kiel. Der verstärkte Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages hat dem Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Kiel seine Zustimmung gegeben. Die Verabschiedung des Gesetzes durch den Landtag selbst wird in diesen Tagen erfolgen. Damit wird endlich die Vereinigung der Landgemeinden Holtenau und Pries und des Gutsbezirks Friedrichsort mit Kiel Tatsache werden. Diese Eingemeindung ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Zukunft Kiels. Die durch den Ausgang des Krieges so schwer getroffene Stadt kann ihre wirtschaftliche Existenz und Zukunft nur sichern durch Entwicklung des Handels, der Schiffahrt und Heranziehung neuer Industrien. Dazu sind nötig neue Hafenanlagen, für deren Ausbau die Stadtkollegien schon sehr große Summen bereitgestellt haben. Durch die Eingemeindung kommt das gesamte Mündungsgebiet des Nordostseekanals und das von der Stadt Kiel vom Reich erworbene Gelände Voßbrook, an dem die wesentlichsten und bedeutendsten Hafenanlagen Kiels errichtet werden sollen und das sich zur Ansiedlung von Industrien ausgezeichnet eignet. Die Eingemeindung ist für die Stadt nicht ohne bedeutende Opfer möglich gewesen, muß sie doch an den Kreis Eckernförde eine bare Abfindungssumme von 5 414 625 Mk. zahlen und außerdem noch Bürgschaften, die der Kreis Eckernförde übernommen hatt (hauptsächlich für Baugenossenschaften), von insgesamt 1 654 000 Mk. übernehmen.

Kiel. Schiffskollision im Nordostseekanal. Beim Einlaufen in die Schleuse des Nordostseekanals bei Holtenau hat der japanische Dampfer „England Maru“ das Mittelleitwerk der Schleuse stark beschädigt. Der Schaden wird auf über vier Millionen Mark geschätzt. Das Schiff konnte seine Reise nicht fortsetzen, da ihm die vier Schraubenflügel verbogen sind.

Schwerin. Ein kommunistischer Schwindelhuber. Wegen Beleidigung in der „Volksmacht“ hatten das Meckl. Staatsministerium, Staatsminister Gen. Asch und Herr Kranich-Schwerin gegen den damaligen Redakteur Herbert v. Mayenburg Strafantrag gestellt. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Herzfeld-Berlin, eine lange Erklärung ab, in welcher der Angeklagte sagt, daß er sich überzeugt habe, daß die damals in der „Volksmacht“ behaupteten Erklärungen jeglicher Grundlage entbehren und er sie infolgedessen zurücknimmt. Die Erklärung soll in „Volksmacht“, „Volks-Zeitung“, „Freies Wort“-Schwerin und in Schweriner Zeitungen auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht werden, auch will der Angeklagte die Gerichtskosten tragen. Die Staatsminister Gen. Asch und Kranich nehmen hierauf, vorbehaltlich der Zurückziehung des Strafantrages des Staatsministeriums, den Klageantrag zurück. Nachdem diese schriftliche Erklärung v. Mayenburgs zu den Gerichtsakten gegeben war, wurde Mayenburg aus der Haft entlassen. Seine Freunde sind ob dieses Rückzuges etwas [illegible] geworden, gescheiter aber nicht.

Schwerin. Deutschnationaler Rückzug. Vor der Schweriner Strafkammer hatten sich die Redakteure Seghy und Graf Moltke von den deutschnationalen „Meckl. Nachrichten“ wegen Beleidigung des Staatsministers Gen. Dr. von Reibnitz zu verantworten. Gen. von Reibnitz wies darauf hin, daß er seit 2½ Jahren systematisch in seiner Ehre angegriffen werde, damit er „mürbe“ werde und auf sein Amt verzichte. Der Kläger erklärte auf einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden, bisher seien solche Vergleichsverhandlungen von der gegnerischen Seite nachträglich stets für ihre Zwecke agitatorisch ausgenutzt worden. Nach langen Verhandlungen willigte Genosse Reibnitz doch in einen Vergleich. Seghy und Graf Moltke nahmen den Vorwurf der Zucker-, Mehl- und Getreideschiebung gegen den Meckl.-Strel. Staatsminister Dr. Frhr. von Reibnitz als unbegründet zurück und bedauern die Veröffentlichung. Graf Moltke nahm aus derselben Veranlassung die in einem Artikel der „Meckl. Nachrichten“ wiedergegebene Behauptung des Abg. Wenzel: „Das Verfahren gegen den Landtagsabgeordneten Bartosch sei auf Betreiben des Zuckerschiebers Reibnitz eingestellt“ zurück und bedauert die Veröffentlichung der Zuschrift. Die Angeklagten verpflichten sich als Gesamtschuldner, bis zum 1. November 1922 an den „Verein Stadtküche“ in Neustrelitz eine Buße von 3000 Mark zu zahlen und die Kosten des Verfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen des Nebenklägers zu tragen. Staatsminister Dr. Frhr. von Reibnitz wird die Befugnis eingeräumt, den Vergleich in den „Mecklenburger Nachrichten“, in der „Meckl. Volkszeitung“ und in der „Landeszeitung“ in Neustrelitz auf Kosten der Angeklagten zu veröffentlichen.

Bremen. Um den Präsidentenposten. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion ist durch die Vereinigung die stärkste Partei in der Bürgerschaft geworden. Sie erhebt deshalb Anspruch auf den Präsidentenposten. Der bisherige Präsident und der Vizepräsident waren bereit zurückzutreten, aber die Volksparteiler und die Demokraten brachten allerlei Winkelzüge vor, um die Wahl zu verschleppen. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Verhandlung eine halbe Stunde auszusetzen, wurde abgelehnt und die Neuwahl vertagt. Die Galgenfrist wird die Rückschrittler aber trotzdem keine Freude bringen.

Straßenbahnen in Not.

Wegen der andauernden Verschlechterung der Wirtschaftslage aller deutschen Verkehrsunternehmungen und der immer näher rückenden Gefahr eines völligen Zusammenbruchs besonders des Straßenbahnwesens hatte der Vorstand des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen eine außerordentliche Hauptversammlung nach Berlin einberufen. Die Leiter kommunaler und privater Verkehrsunternehmen beteiligten sich in großer Zahl; vertreten waren auch viele Reichs- und Landesbehörden.

Der Verbandsvorsitzende, Generaldirektor a. D. Dr. Wussow, betonte einleitend, diese Tagung sei keine leere Demonstration, sondern die Not habe die Teilnehmer zusammengeführt. Die Verkehrsunternehmen litten noch stärker als andere Betriebe unter der Steigerung aller Ausgaben, können aber weniger leicht als andere ihre Einnahme durch Mehrforderungen steigern. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege haben sich erhöht die Ausgaben durchschnittlich um das Vierhundertfache, aber die Einnahmen durchschnittlich nur auf das Hundertfünfzigfache. Sechzehn Straßenbahnen und drei Kleinbahnen mußten bereits ganz stillgelegt werden, andere haben den Betrieb nur noch zum Teil aufrecht erhalten können, zu weiteren Einschränkungen wird es in den nächsten Wochen kommen.

Vorschläge zur Abhilfe wurden in den folgenden Referaten gemacht. Vereinsdirektor Professor Helm referierte über die Preispolitik der Industrie. Die Materialien für Bahnbau und Wagenerneuerung zeigen Steigerungen auf das Sechshundertfache, Achthundertfache, Tausendfache. Die Kartelle belasten heute, das hob der Referent scharf hervor, die Verbraucher mit unerträglichen Teuerungspreisen. Dringend sei in dieser Notzeit eine Mitwirkung der Verbraucher bei den Preisfestsetzungen zu wünschen. In der Diskussion wurde auch über die Stromkosten geklagt, deren Höhe nur zum Teil durch die Kohlenpreise gerechtfertigt werde. Man sprach geradezu von Ausbeutung der Verkehrsunternehmen durch die Elektrizitätsunternehmungen. Die Strompreise waren früher mit 14 bis 18 Proz. an den Gesamtausgaben beteiligt, heute sind es 25 bis 30 Proz. Beschlossen wurde, mit den führenden Verbänden der Elektrizitätsindustrie wegen einer Strompreisermäßigung zu verhandeln. Generaldirektor Dräger wandte sich in seinem Referat über Arbeitszeitpolitik gegen den Achtstundentag, den er nicht auch im Verkehrswesen systematisch durchgeführt sehen möchte. Von den Schaffnern sagte er (wohl weil er ihre Arbeit nicht kennt), daß sie nicht ihre volle Arbeitskraft einzusetzen brauchen; er wies hierzu auf ihre Arbeitspausen hin. Dräger tadelte auch die Lohn- und Gehaltspolitik des Reiches, die mit ihren rückwärts wirkenden Festsetzungen ruinös für die Privatbetriebe sei. (Die gleichen Argumente wurden auch in Lübeck schon angeführt. Red.) In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von mehreren Rednern unterstützt. Vereinsdirektor Professor Helm verlangte Befreiung der Verkehrsunternehmen von der Kohlensteuer. Die Versammelten stimmten zu. Direktor Stein-Hamburg erörterte die Tarifpolitik der Reichsbahnen und klagte über schädigende Konkurrenz. Die Tarife der Reichsbahnen müßten der tatsächlichen Geldentwertung völlig angepaßt werden, was noch lange nicht erreicht sei. Auch diese Forderung fand den Beifall der Versammlung.

Nach allen Referaten wurde in der Aussprache immer wieder betont, daß infolge des Mißverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben die Straßenbahnbetriebe eingeschränkt und Angestellte entlassen werden müssen. Die Stillegung von Straßenbahnbetrieben müsse für die Bevölkerung der Groß- und Industriestädte schließlich zu einer Katastrophe werden.

Gewerkschaften.

Kommunistischer „Sieg“ in Remscheid. In der Konsumgenossenschaft haben die Kommunisten die Mehrheit in der Verwaltung, im Aufsichtsrat und im Genossenschaftsrat. Da nun vier Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter zwei Kommunisten, ausscheiden mußten, wurde der ganze Verwaltungsapparat in den Dienst der kommunistischen Eroberung der Genossenschaft gestellt. In der letzten Genossenschaftsversammlung trat der kommunistische Parteisekretär Panzer, der für die Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen war, äußerst provozierend auf. Ein Genosse, der sich gegen die kommunistische Mache wandte, wurde durch Gelächter und Schlußrufe fortgesetzt unterbrochen. Er ließ sich dadurch zu dem Ausdruck hinreißen, daß eine ganze Anzahl der Versammlungsteilnehmer erst kurze Zeit Mitglied sei und mit solchem Gesindel, das hier große Töne rede, müsse sich ein alter Genossenschafter wie er herumschlagen. Darauf ungeheurer Lärm. Der Redner wurde von der Bühne in den Saal gezogen, wo sofort eine große Anzahl Kommunisten auf ihn losstürzten und wie rasend mit den Fäusten auf ihn einschlugen. Genosse Bähler erklärte dann, daß der Redner weder im Sinne noch im Auftrage der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei gesprochen habe. Da aber nach der im Saale herrschenden Stimmung die Gefahr bestehe, daß jeder, der eine andere Meinung vertritt, dies nur mit Gefahr für seine Gesundheit und sein Leben tun kann, forderte er die Verwaltung auf, eine neue Genossenschaftsversammlung einzuberufen. Alle aber, denen das Interesse der Genossenschaft am Herzen liege, möchten den Saal verlassen. Von 541 Anwesenden bei über 11 000 Mitgliedern blieben 323 zurück, die dann einstimmig der kommunistischen Order parierten und in satzungswidriger Weise beschlossen, 3000 Mk. für den kommunistischen Betriebsrätekongreß zu bewilligen und zwei Delegierte zu diesem Kongreß zu wählen.

Die Kommunisten und die Gewerkschaften. Der „Vorwärts“ schreibt: Der Zentralausschuß der KPD. hat sich wieder einmal mit den Gewerkschaften befaßt. Trotz allem Betriebsrätérummel wissen die Kommunisten sehr wohl, daß es ihnen nur durch die Gewerkschaften noch möglich ist, an die „Massen“ heranzukommen. Deshalb widmen sie den Gewerkschaften, zum Schaden der Arbeiterschaft, ihre besondere Aufmerksamkeit. Zunächst bestand die Taktik der Kommunisten in der offenen Spaltung: sie gründeten eigene Gewerkschaften. Dann kam der Befehl von Moskau, die Gewerkschaften von innen heraus zu spalten. Die Kommunisten, die sich von den übrigen Arbeitern dadurch unterscheiden, daß sie keine eigene, sondern nur die von Moskau vorgeschriebene Meinung haben dürfen, schwenkten ein. Die Periode des Zellenbaues begann. Unter der verlogenen Parole der „Einheitsfront“ begann eine systematische Zersetzungsarbeit. Der Erfolg war minimal. Nur bei den Arbeitergruppen, die vor der Revolution aus den bekannten Ursachen so gut wie nicht organisiert waren, bei den Landarbeitern und den Eisenbahnern, haben die Kommunisten einige vorübergehende Teilerfolge. Ueber dieses magere Resultat hat nun der Zentralausschuß der KPD. zwei Tage lang beraten. Eine andere Taktik durfte er nicht beschließen, weil der Ukas von Moskau noch besteht. Es blieb also nichts weiter übrig, als eine Resolution von der üblichen Länge und dem bekannten Kaliber zu fabrizieren. Natürlich wird da noch verkündet, daß dank „der planmäßigen Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktionen“ der Einfluß der Kommunisten wächst, blüht und gedeiht. Trotz dieses Eingeständnisses, daß die Kommunisten planmäßig die Gewerkschaften von innen heraus unterwühlen, werden natürlich die Amsterdamer der Spaltung bezichtigt. Man findet dann noch die üblichen Schimpfereien, aber was man vergeblich dort suchen wird, sind Anleitungen, wie es besser gemacht werden könnte. Dieses Produkt zweitägiger Beratungen ist von einer geradezu erschreckenden Geistesarmut.

Aus aller Welt.

Millionendiebstähle an Amerikanern. Für 30 Millionen Mark Beute an Gemälden machten Einbrecher in einem Berliner großen Hotel. Hier wohnte ein Amerikaner, der nach Deutschland gekommen ist, um für sein Geschäft Antiquitäten und Bilder einzukaufen. Er erwarb nach und nach für viele Millionen Mark und sammelte alles in seinem Hotel. Hier drangen nun in seiner Abwesenheit auf noch nicht geklärte Weise Einbrecher ein und stahlen unbemerkt 12 Gemälde, deren Wert etwa 30 Millionen beträgt. Es sind alles Bilder aus der Schule Rembrandt, aus dem 17. Jahrhundert. — In einem anderen ersten Hotel wurde ebenfalls ein Amerikaner, der Kapitän Allen van Wanihaus, um Schmucksachen im Wert von zwei Millionen Mark gestohlen.

Eisenbahnunglück im Elsaß. Der Schnellzug Straßburg—Lyon ist Freitag nachts bei Rufach mit einem Güterzug zusammengestoßen. Der Zusammenstoß ist durch falsche Weichenstellung herbeigeführt. 12 Personen, darunter 7 Soldaten, sind getötet und 12 Personen verletzt worden. Der Lokomotivführer und der Heizer des Schnellzuges bremsten, als sie bemerkten, daß die Weiche falsch stand; der Schnellzug befand sich aber nur noch 100 Meter von dem Güterzuge entfernt. Die Schnellzugslokomotive wurde bei dem Zusammenstoß stark beschädigt und zwei Personenwagen zertrümmert.

Neuer Segelflug-Weltrekord. Der französische Flieger Maneyrol hat am Sonnabend bei dem von der „Daily Mail“ ausgeschriebenen Wettbewerb in Itford Hill den Rekord des Engländers Reynham und des Deutschen Hentzen geschlagen. Maneyrol hielt sich auf dem von dem Franzosen Louis Peyret erbauten motorlosen Flugzeug drei Stunden 22 Minuten in der Luft und landete, als die Nacht schon gekommen war, in der Nähe des Aufstiegortes. Die Leistung Maneyrols muß als bedeutend anerkannt werden, wenn die Schilderungen der Pariser Presse in allen Einzelheiten zutreffen.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittelungen des Statistischen Landesamtes Lübeck v. 20./21. Oktober 1922

	Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Mk. häufig	höchst	niedrig		Kleinhandelspreis für 1 Pfund in Mk. häufig	höchst	niedrig
Fleisch u. Fleischwaren				**Gemüse und Obst**			
Rindfleisch: Kochfleisch	240,—	300,	170.—	Rote Beeten	6,00	10,00	5,—
Bratfleisch	300,—	320,	180,—	Kohlrabi	8,00	8,—	6,—
Kalbfleisch: Kochfleisch	180,	260.	150.	Frühkartoffeln	10,00	12,00	6,—
Bratfleisch	200,—	280,—	160.	Teltower Rüben	15,0	20,00	10,—
Hammelfleisch: Kochfleisch	280,-	300,-	150.	Rhabarber			—
Bratfleisch	280.	350,—	150,-	Spinat	25,00	25,00	15,—
Schweinefl.: Kochfleisch	400,00	480,00	360,00	Zwiebeln, 1 Bund	14,00	18,00	14,—
Bratfleisch	400,00	480,00	380,00	Kartoffeln	8,50	9,50	7,—
Pferdefleisch: Kochfleisch	90,00	100,00	90,00	Möhren, 1 Bund	6,00	10,—	6,—
Bratfleisch	110,00	120,00	110,00	Radieschen, 1 Bund	3,00	4,00	3,—
Leberwurst I	360,00	520,00	360,00	Kopfsalat, 1 Kopf	2,50	3,00	2,—
II	260,00	360,00	200,00	Erbsen	—	—	—
Mettwurst: gekochte	400,00	520,00	300,00	Große Bohnen	—	—	—
geräucherte	500,00	600,00	400,00	Brechbohnen			—
Speck: geräuch. hiesiger	500,00	560,00	480,00	Halbreifebohnen	80,00	80,00	50,00
" " fremder	440,00	500,00	400,00	Sellerie, 1 Knolle	8,00	30,00	6,00
				Porree, 1 Stange	3,00	7,00	2,00
Molkereiprodukte, Fette, Eier				Tafeläpfel	12,00	15,00	8,00
				Wirtschaftsäpfel	6,00	10,00	4,00
Vollmilch, 1 Liter	62,00	82,00	62,00	Eßbirnen	12,—	15,—	10,—
Magermilch, 1 Liter	31,00	31,00	31,00	Kochbirnen	8,—	12,—	6,—
Käse, halbfetter	200,00	200,00	160,00	Fliederbeeren	10,—	10,—	8,—
Meiereibutter	560,00	560,00	560,00	Pflaumen	15,	20,—	12,—
Margarine	360,00	400,00	320,00	Schlehe	7,—	8,—	5,—
Schweineschmalz	500,00	550,00	480,00	Kirschen	—	—	—
Eier, Stück	35,00	35,00	34,0	Heidelbeeren	—	—	—
				Himbeeren	—	—	—
Brot, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren				**Fische**			
				a) Süßwasserfische			
Roggengrobbrot	11,82*	52,63	11,82	Schleie	200,00	200,00	160,00
Feinbrot	12,37*	63,16	12,37*	Karpfen	180,00	200,00	180,—
Semmel	84,00	84,00	84,0	Aale, große	200,00	220,00	200,00
Weizenmehl	106,00	120,00	80,00	" mittel	170,00	170,00	170,00
Buchweizengrütze	100,00	140,00	90,00	" kleine	155,00	155,00	65,00
Hafergrütze	104,00	130,00	90,00	Hechte	100,00	120,00	90,00
Haferflocken	104,00	125,00	78,00	Barsche	60,00	90,00	50,00
Gerstengraupen	90,00	120,00	65,00	Brachsen, große	150,-	150,	150,—
Gerstengrütze	90,00	120,00	65,00	" kleine	—	—	—
Erbsen, gelbe	80,00	120,00	65,00	Rotaugen, große	60,—	60,	60,—
" grüne	80,00	90,00	72,00	" kleine	30,—	30,—	30,—
Weiße Bohnen	96,00	120,00	75,00				
Reis	90,00	120,00	60,00	b) Seefische:			
Reismehl	80,00	100,00	60,00				
Sago	100,00	126,00	80,00	Dorsche	50,00	55,00	25,00
Zucker: Würfelzucker				Butt, große	50,00	60,00	50,00
gem. Melis	100,00	120,00	80,00	" kleine	40,00	40,00	30,00
Tee	1000,00	1400,00	800,00	Steinbutt	60,00	120,00	40,00
Kaffee	800,00	990,00	520,00	Schellfische	100,00	100,00	40,00
Kaffee-Ersatz	90,00	124,00	45,50	Grüne Heringe	—	—	—
Speisesalz	5,00	10,00	4,00				
Speiseessig, Liter	45,00	52,00	25.	**Geräucherte Fische**			
Kartoffelmehl	90,00	100,	56,-	Heringe	100,00	110,00	90,00
				Sprotten	—		
Gemüse und Obst				Aale, große	450,00	450,00	450,00
Tomaten	42,00	50,—	35.	" mittel	300,00	300,00	300,00
Gurken, Stück	—	—	—	" kleine	200,00	200,00	200,00
Spargel I	—	—	—				
II	—	—	—	**Brenn- u. Leuchtstoff**			
III	—	—	—				
Weißkohl 1 Kopf	8,00	10,-	8,—	Nußkohlen, 1 Zentner	697,00	697,00	697,00
Wirsingkohl, 1 Kopf	10,00	10,—	9,00	Hartkoks, 1 Zentner	810,00	810,00	810,00
Rotkohl	15,00	20,	12,-	Gaskoks, 1 Hektoliter	584,00	584,00	584,00
Blumenkohl I, 1 Kopf	35,00	50,—	30,00	Braunkohl.brik., 1 Ztr.	517,00	517,00	517,00
II, 1 "	15,00	20,—	15,00	Torf, 1 Zentner	250,00	250,00	200,—
Rosenkohl	40,00	40,—	24,00	Gas, 1 cbm	29,—	29,—	28,—
Grünkohl	6.	6,-	6,-	Elektrizität, 1 KwStd.	70,—	70,-	70,—
(* Höchstpreise				Petroleum, 1 Liter	120,—	120,—	88,—

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.